

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 41 vom 11. Oktober 1979

13. Jahrgang

1 DM

Apel für Stationierung neuer Atomwaffen

Keine US-Atomraketen in Westdeutschland!

Auf eine weitere Verstärkung des bedrohlichen Atomwaffenarsenals der NATO hat sich in der vergangenen Woche der Bonner Kriegsminister Apel mit seinem amerikanischen Amtskollegen geeinigt. Apel erklärte in Washington, an einer „Modernisierung“ der westlichen Atomwaffen führe kein Weg vorbei.

Die Kriegsminister und ihre Generäle sind sehr erfinderisch, wenn es darum geht, für ihre weitreichenden Pläne möglichst harmlos klingende Namen zu finden. So läuft etwa die gegenwärtig in wahnwitzigem Tempo betriebene Aufrüstung hierzulande unter dem Begriff „Nachrüstung“. Und hinter dem, was Apel jetzt „Modernisierung“ nennt, versteckt sich in Wirklichkeit eines der gefährlichsten Programme, das in den Stäben der NATO je ausgebrütet wurde.

Bislang verfügen die amerikanischen Imperialisten in Westeuropa „nur“ über taktische Atomwaffen mit geringer Reichweite. Schon lange drängen sie darauf, in unserem Land und in den westlichen Nachbarländern auch Mittelstreckenraketen zu stationieren, die ihre atomaren Sprengköpfe an jeden beliebigen Ort diesseits des Urals tragen können.

Strittige Fragen, die in der letzten Zeit hinsichtlich der Mi-

litärpolitik zwischen Bonn und Washington aufgetaucht waren, wurden schnell beigelegt. So hatte sich die Carter-Regierung etwa darüber beklagt, Bonn wäre der im Rahmen der NATO eingegangenen Verpflichtung, die Rüstungsausgaben um 3 Prozent zu erhöhen, nicht nachgekommen. Apel konnte klarstellen, daß der zentrale Bereich des Rüstungshaushalts, nämlich die Beschaffung neuer Waffen, eine Steigerung von 7 Prozent aufweist. Zudem plane Bonn, in der nächsten Zeit noch einmal 300 Millionen Mark zusätzlich in die Rüstung zu stecken. Damit — so der Kriegsminister stolz — stünde die Bundesrepublik „im NATO-Konzert ganz oben.“

Im Dezember bereits sollen dann auf einer NATO-Gipfeltagung die Mittelstreckenraketen für Europa abgesegnet werden. Im Vorfeld der zu erwartenden Entscheidung hat auch der sowjetische Parteichef Breschnew in die Aufrüstungs-

debatte eingegriffen. Er benutzte seinen Auftritt während der 30-Jahr-Feier der DDR, um den Abzug einiger Verbände der in Ostdeutschland stehenden sowjetischen Besatzungstruppen anzukündigen. Seine spektakulär aufgemachte Erklärung dient offenbar dazu, den Widerstand, den die Regierungen einiger kleinerer NATO-Länder dem amerikanischen Raketenprogramm noch entgegenzusetzen, zu stärken. Mehr als eine propagandistische Geste ist sie jedoch nicht. Ebenso wie die NATO hat auch der von Moskau kommandierte Warschauer Pakt sein Potential an Atomwaffen in der letzten Zeit ständig erweitert und perfektioniert. Unsere Partei wendet sich an alle Werktätigen mit der Aufforderung, für die Durchsetzung der folgenden Forderungen zu kämpfen:

Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden! Einstellung des Baus aller Angriffswaffen, Verschrottung der vorhandenen!

Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden!

Vor den Parlamentswahlen

Verstärkter Kampf der Werktätigen in Portugal

LISSABON. — Zahlreiche Demonstrationen, Versammlungen und Großkundgebungen, vermehrte militante Auseinandersetzungen und immer schärfer erhobene Forderungen der Werktätigen sind für die heutige Lage in Portugal kenn-

zeichnend. Die Ermordung von zwei Landarbeitern durch Einheiten der GNR Polizei führte in Montemor zu einer der größten Demonstrationen in der portugiesischen Geschichte. (Siehe auch Seite 10)

Hunderttausende von Menschen versammelten sich beim Begräbnis der beiden Landarbeiter. Sie forderten die Bestrafung der Schuldigen und die Verteidigung der Agrarreform. In den letzten Wochen organisierte der Verband der antifaschistischen revolutionären Frauen in verschiedenen Städten Demonstrationen gegen die Teuerung an denen sich Tausende Frauen beteiligten. (Die Werktätigen Portugals kämpfen dagegen, daß die internationalen Kredite für die portugiesischen Kapitalisten von ihnen bezahlt werden sollen.)

Täglich kommt es in den großen Betrieben Portugals zu Streiks für mehr Lohn. In 14 Monaten standen 1,2 Millionen Arbeiter im Streik. Mit diesen Kampfaktionen wendet sich die Arbeiterklasse



Mobilmachung des Bundesgrenzschutzes am Gorleber Probenbohrloch. Mit einer Wagenburg aus hundert VW-Bussen wurde der Bohrplatz abgeriegelt. Am 14. Oktober machen die Gegner des Bonner Atomprogramms in Bonn mobil. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz ruft zu einer zentralen Demonstration auf. Treffpunkte sind Pützchensmarkt, Josefsheide und Südfriedhof. Im Kampf gegen das Bonner Atomprogramm fordert die KPD/ML: Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Atomkraftwerke! Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis!

AOK will Beiträge erhöhen

15 Prozent Versicherungsbeitrag verlangt!

MAYSCHOSS. — Auf der letzten Tagung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen betonte der Vorsitzende des Verbandes, Horst Rügenberg, die Allgemeinen Ortskrankenkassen befänden sich in einer schweren Lage. Einmal mehr wird für die steigenden Kosten nur ein Ausweg gesehen: Der Versicherungsbeitrag soll erhöht werden. Jetzt ist bei einzelnen Kassen bereits eine Erhöhung auf 15 Prozent und darüber als Krankenversicherung im Gespräch.

15 Prozent Beitrag, das wäre eine Erhöhung um durchschnittlich 25 Prozent; denn bisher liegt der Versicherungsbeitrag bei ungefähr 12 Prozent des Einkommens.

Während ein normaler Mensch vielleicht daran denkt, daß Krankenhäuser und Kurbetriebe usw. allgemeindienliche Einrichtungen seien, verhält es sich in Wirklichkeit so, daß auch solche Institutionen, einschließlich der Ortskrankenkassen, längst zu Quellen des Profits geworden sind. Tatsache ist, daß die Zahl der Kurabgenommenen hat, daß die Aufenthaltsdauer in Krankenhäusern ohne Rücksicht auf Verluste immer mehr heruntergedrückt wird, daß hier also keine neuen und höheren Kosten entstehen. Was immer teurer wird, das sind die Fluten von Medikamenten der Chemiekonzerne, die in den letzten

Jahren im Preis verdoppelt wurden — nicht zuletzt auch unter Hinweis auf den Ölpreis —, und die Geräte der medizinischen Industrie, die heute ebenfalls weitgehend monopolisiert ist.

Diesen Monopolen und den öffentlichen Betreibern der Kassen sollen auch die höheren Beiträge als zusätzlicher Profit zufließen. Anlässlich der Vertreterwahlen zu den Kassen, die vor einiger Zeit stattfanden, waren verschiedene Gruppierungen mit dem Versprechen angetreten, die Interessen der Versicherten zu vertreten. Vor allem die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes müssen jetzt, angesichts dieser neuen Erhöhungspläne, Farbe bekennen! Sie müssen die Forderung der Werktätigen vertreten: Keine weitere Steigerung der Versicherungsbeiträge!

Jährlich 15 Millionen Arbeitsunfälle in Europa

GENÈVE. — Wie das Internationale Arbeitsamt in Genf bekanntgab, ist die Zahl der jährlichen Arbeitsunfälle, die Arbeitsunfähigkeit nach sich ziehen, auf 15 Millionen angewachsen.

Diese alarmierende Zahl ist ein deutliches Zeichen für die ständig wachsende Arbeitshetze, die die Rationalisierungswelle nach sich zieht.

Albanien: Erdbebenschäden restlos beseitigt

TIRANA. — Das ZK der Partei der Arbeit Albanien und der Ministerrat der SVR Albanien veröffentlichten Ende September ein Kommuniqué über die Beseitigung der Erdbebenschäden vom 15. April dieses Jahres.

Alle Arbeiten wurden innerhalb der vom Ministerrat gesetzten Frist zum 1. Oktober abgeschlossen, über 17.000 neue Gebäude errichtet, in denen die Bewohner ohne Miete wohnen dürfen. (Ausführliche Berichterstattung siehe Seite 9)

Landtagswahl in Bremen

Über 7 Prozent Proteststimmen

BREMEN. — Die Bremer Landtagswahl vom letzten Sonntag brachte in der Konstellation der großen Parteien kaum Veränderungen mit sich. Die SPD konnte knapp ihre absolute Mehrheit behaupten, CDU und FDP verloren jeweils zwei Sitze.

Spektakulärstes Ereignis ist das Wahlergebnis der Grünen Liste. Trotz reaktionärer Fünf-Prozent-Klausel stellt sie vier Abgeordnete im neuen Bremer Landtag. Ihr Erfolg (5,3 Prozent) geht hauptsächlich auf Kosten der CDU und FDP. So erhielten die Grünen in vorwiegend vom Kleinbürgertum bewohnten Stadtteilen über 7 Prozent der Stimmen, während sie in den Arbeitervierteln bedeutungslos blieben. Auch in Gebieten mit hoher Lärmbelastung bekamen sie nicht mehr Stimmen als durchschnittlich. Die DKP verlor stark an Boden. Konnte sie noch in der letzten Landtagswahl 2,1 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, so reichte es diesmal gerade für 0,8 Prozent. Rechnet man die übrigen Parteien und Gruppen hinzu, die die Fünfprozenthürde nicht schafften,

so gab es über 7 Prozent Protestwähler.

Die Wahlbeteiligung lag bei 78 Prozent, 4 Prozent weniger als bei der letzten Landtagswahl. An der geringeren Wahlbeteiligung als auch an den wenn auch kleinen Verlusten der CDU zeigt sich, daß die Rechnung von Strauß nicht aufgegangen ist, durch seinen spektakulären Bremer Auftritt die CDU an die Macht zu bringen.

Auf der anderen Seite ist es der SPD vor allem in den Arbeitervierteln noch gelungen, den Haß der Werktätigen gegen Strauß in ihr politisches Fahrwasser zu lenken. Doch mit einem Wahlkreuz bei der SPD ist Strauß nicht zu stoppen. Das erfordert vielmehr die selbständige Aktion der Werktätigen gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.



Landarbeiter im Süden Portugals fordern von den Behörden die Verteidigung der Agrarreform.

Kommentar

Die Show war perfekt. Eine unübersehbare Menge wiegte sich verzückt im Rhythmus eines vorjährigen Disco-Hits. Aus dem wolkenlosen Himmel schwebte im Hubschrauber langsam der Star ein. Übergangslos schaltete man unten vom Schlager auf fromme Gesänge um. Und Papst Wojtyla begann, vom Frieden auf Erden zu predigen.

So war es in Irland. Ähnliches ereignete sich auch in den USA. Eine am amerikanischen Vorbild geschulte Veranstaltungsregie sorgte für die gleichbleibende Perfektion des Auftritts. Und ein nach Tausenden zählender Troß von Journali-

walt. Gemeint war — daran ließ der Papst keinen Zweifel — die gerechte revolutionäre Gewalt der irischen Patrioten gegen die britischen Besatzer. Befriedigt registrierte der reisende Journalist, dieser Papst habe endlich einmal den „irischen Terrorismus“ mit einer Festigkeit verurteilt, die man bislang bei den Bischöfen von der grünen Insel noch vermied hätte.

Gegen die Gewalt predigte Wojtyla auch in den Vereinigten Staaten. Wenn er es hier auch vermied, auf konkrete Erscheinungen einzugehen, so wurde doch überdeutlich, daß er damit auf die revolutionäre Ge-

Ein Papst auf Reisen

sten übermittelte die Show des Papstes noch in den entferntesten Winkel der Erde.

Eine italienische Illustrierte hat Johannes Paul II. unter dem Eindruck dieser Tournee den Titel „John Travolta des heiligen Geistes“ zuerkannt. Es wäre jedoch ein gefährlicher Irrtum, diesen Mann einfach nur in die Galerie der Superstars des Schauspielgeschäftes einzureihen. Gewiß — Wojtyla handhabt ungleich besser als seine Vorgänger das Instrumentarium moderner Propaganda. Er versteht es jedoch auch besser als sie, sich als einen Mann zu verkaufen, dem die Sorgen der Menschen nicht fremd sind; er versteht es, unter den Menschen Hoffnungen zu wecken.

So hat sich Wojtyla unter den irischen und amerikanischen Katholiken eine aufnahmebereite Zuhörerschaft verschafft. Aber was war die Botschaft seiner Show, was hatte er den hart um ihre Existenz ringenden irischen Bauern oder den Bewohnern der Slums von New York und Chicago zu sagen? Zunächst einmal trat er auf als ein Prediger des finsternen Dunkelmännertums. In einer Schärfe, wie man es von seinen Vorgängern nicht mehr gewohnt war, verteidigte er die mittelalterlichen Riten der katholischen Kirche wie das Zölibat und verurteilte die Pille, überhaupt jede Geburtenkontrolle und sogar die zivile Ehescheidung. Vollständige Unterordnung unter die perversen und menschenfeindlichen Regeln der Kirche — das war die eine „Hoffnung“, die Wojtyla seinen Zuhörern bot.

Seine Predigten nahmen jedoch bald auch einen deutlichen politischen Charakter an. In Irland zum Beispiel war es der Aufruf: „Alle Christen müssen sich zusammenfinden im Widerstand gegen die Ge-

walt der Unterdrückten abzuwehren.“ Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist — diesen alten reaktionären Leitsatz des Christentums variierte er in vielen Formen. Die Menschen mußten sich mit ihrer Lage bescheiden, sich einer „einseitigen Unterordnung unter die materiellen Güter“ widersetzen. Wojtyla reicherte seine Reden zwar manchmal mit allgemeinen Klagen über Hunger und Elend in der Welt an. Aber selbstverständlich vermied es der Papst, der ja als Chef des multinationalen Unternehmens Vatikan unter anderem auch einer der größten Grundbesitzer in Lateinamerika ist, die Verantwortlichen für Hunger und Elend zu benennen. Duldung von Unrecht und Unterdrückung, Verzicht auf „materielle Güter“ — das war die zweite „Hoffnung“, die Wojtyla den Gläubigen bot.

So gesehen wird die Begeisterung über diesen Papst nicht lange anhalten. Zufrieden sein mit ihm können nur die Ausbeuter jeder Art. Und besonders zufrieden sind die Strategen der sogenannten Menschenrechtskampagne, die der westliche Imperialismus unter der persönlichen Führung Carters ja schon seit geraumer Zeit gegen den östlichen Imperialismus führt. Der gelernte polnische Dissident Wojtyla trat so nachdrücklich für die „Menschenrechte“ im Osten und gegen die dortigen „Systeme“ und „Ideologien“ ein, daß ihn Springers Welt gleich zum „Papst der Menschenrechte“ ernannte. Das straußnahe Blatt, dem selbst ein Carter noch viel zu entspannungsselig ist, rückte denn auch die folgende Hymne an Wojtyla in seine Spalten: „Die Freiheit hat endlich wieder einen Sprecher, einen, den man nicht mundtot machen kann, indem man ihn vor den schädlichen Folgen für die Entspannung warnt.“



— „Willst du auch künftighin mir angehören?“ —
— „Ich will! Wohin du gehst, ich gehe mit.“ —
— „Ach, lieber Erich, kannst du es mir schwören?“ —
— „Bei meiner Ehr', ich schwör's dir, Leonid.“ —

Feiern zum 30. Jahrestag der DDR Breschnew spielt die Hauptrolle

Mit großem propagandistischem Aufwand, mit Festveranstaltung, Fackelzügen und Militärparade haben die Ostberliner Revisionisten am vergangenen Wochenende den 30. Jahrestag der DDR-Gründung begangen. Die Feiern standen im Zeichen einer noch stärkeren Unterwerfung der DDR unter das Diktat der Kremlherren.

Prominentester Gast in Ostberlin war das Oberhaupt der sowjetischen Sozialimperialisten, Breschnew. Der senile Staatsmann war die eigentliche Hauptfigur der Feierlichkeiten. In seiner Anwesenheit dokumentierte sich deutlich die zunehmende Abhängigkeit der DDR von den Herren im Kreml.

Breschnew war am vergangenen Donnerstagabend in Ostberlin eingetroffen. Durch ein Jubelspazier — er stand im offenen Wagen neben Honecker — wurde er vom Flugplatz in

die Stadt gefahren. Am Freitagabend überreichte ihm Honecker den Karl-Marx-Orden und ernannte ihn zum „Helden der DDR“.

Am deutlichsten kam die zunehmende Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion in dem „Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion“ zu Ausdruck, das Breschnew und Honecker am Freitagabend unterzeichneten. Dieses Abkommen ist ein weiterer ökonomischer Fakt zur Zementierung der politischen Ver-

hältnisse, der Unterjochung der DDR durch die Sozialimperialisten. Es soll bis ins Jahr 1990 gelten.

Kernstück des Abkommens sind Fragen der Sicherung der Energiebasis der DDR. Diese Fragen werden durch das Abkommen auf einer kolonialen Grundlage gelöst. Die Sowjetunion „garantiert“ der DDR in dem Vertrag die kontinuierliche Lieferung energetischer Roh- und Brennstoffe — vor allem Erdöl und Erdgas — sowie die Ausrüstung von Atomkraftwerken. Statt ihre eigene Energiebasis — Braunkohle — zu entwickeln, begibt sich die DDR so in noch größere Abhängigkeit von sowjetischem Erdöl, Erdgas und Uran. Gleichzeitig verpflichtet sie sich, diese Rohstoffe teuer mit hochwertigen Gütern zu bezahlen, die dann der DDR-Wirtschaft fehlen: Schiffe, Werkzeugmaschinen, Armaturen, Industrieanordnungen etc. Das „Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion“ ist in Wirklichkeit ein Programm der Plünderung und Kontrolle der Produktion der DDR.

Vor 30 Jahren wurde die DDR als ein souveräner Staat der Arbeiter und Bauern unter der Schirmherrschaft der damals noch sozialistischen Sowjetunion gegründet. Davon ist nichts geblieben. Die Revisionisten haben im Osten Deutschlands die Macht der Arbeiter und Bauern zerstört und die Souveränität des Staates an die nunmehr revisionistischen Herren im Kreml verschachert. Die Feiern in Ostberlin sowie ihre Begleitumstände und -ereignisse zeigten dies deutlich.

SPD-Vorstand für Bonner Atomprogramm Bundeskanzler zwingt SPD auf Atomkurs SPD und CDU/CSU auf einer Linie

BONN.— Nachdem Kanzler und Länderchefs Ende September eine gemeinsame Linie zum Ausbau der Atomkraftwerke gefunden haben, haben die Führungsgremien der SPD, Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am Freitag, den 5. Oktober den von der Ehmke-Kommission vorgelegten Leitantrag für den bevorstehenden Parteitag mit großer Mehrheit verabschiedet.

Lediglich eine Gruppe von vier Vorstandsmitgliedern unter Führung von Erhard Eppler stimmten gegen den Leitantrag.

Die führenden Gremien der SPD bekennen sich mit diesem Leitantrag fest zur strikten Durchführung des Bonner Atomprogramms. Ein Verzicht auf die Atomenergie sei nicht vertretbar, heißt es an mehreren Stellen des Dokuments. Damit macht sich die SPD-Führung zum Vollstrecker der menschenfeindlichen Profitinteressen ei-

ner Handvoll Großkapitalisten, die ohne jeden Skrupel das Leben und die Gesundheit unseres Volkes aufs Spiel setzen.

Daß der „Vorrang der Kohle“ betont wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der SPD jeder Widerstand gegen das Bonner Atomprogramm zum Schweigen gebracht werden soll. Denn der „Vorrang der Kohle“ kann nur garantiert werden, wenn dem Ausbau der Atomenergie der Weg verlegt wird, wenn sämtli-

che Atomkraftwerke stillgelegt werden, so wie es die KPD/ML in ihrem Aktionsprogramm fordert.

Der Leitantrag der führenden Gremien der SPD steht im Gegensatz zu zahlreichen Bezirks- und Landesparteitagen der SPD, die zur Vorbereitung des im Dezember stattfindenden Bundesparteitages stattfinden. Da die Vorstandsopposition schon zu verstehen gegeben hat, daß sie sich loyal der Mehrheit unterordnen wolle, liegt es auf der Hand, daß auch der Bundesparteitag der SPD dem Bonner Atomprogramm den Weg nicht verstellen wird.

Bundeskanzler Schmidt wird zahlreiche der noch bevorstehenden Bezirksparteitage der SPD besuchen, um durch Druck und Erpressung (zum Beispiel Rücktrittsdrohung etc.) die Mehrheit der Parteitage-delegierten auf Regierungslinie zu bringen. Die Parteispitzen von SPD und CDU/CSU vertreten im wesentlichen die gleichen Ziele für den verstärkten Ausbau der Atomenergie.

spaltung der CDU, die als fanatischer Strauß-Anhänger in den Wahlkampf gezogen war, eroberte sieben Stadtratssitze und drückte die CDU auf 17 Sitze herunter. Die SPD mit 14 Mandaten scheute sich nicht, mit den sieben ultrarechten Abgeordneten zusammenzugehen.

BONN.— SPD-Parteichef Brandt warf der CSU aufgrund der ungeheuren Hetze des Vorsitzenden der Jungen Union Bayern gegen Demokraten und Antifaschisten „geistigen Bürgerkrieg“ vor.

Der bayrische Nachwuchspolitiker hatte die Jugendorganisation von SPD und FDP mit SA und SS auf eine Stufe gestellt. Trotz einiger scharfer Worte beschränkt sich Brandts Protest auf die Forderung, der Vorsitzende der bayrischen Jungen Union solle seine Äußerung zurückziehen.

Einstweilige Verfügung gegen Rote Garde bestätigt

NÜRNBERG.— Dieselben Richter, die ohne mündliche Verhandlung auf Antrag von Strauß eine einstweilige Verfügung gegen den Ersten Sekretär der Roten Garde verhängt hatten, bestätigten diese nachträglich in einer auf den 5. Oktober angesetzten Verhandlung. Weiterhin ist der Rote Garde bei einer Straßandrohung von 500 000 Mark verboten, Strauß den „Hitler von heute“ zu nennen oder zu behaupten, „wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg.“

In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem, der Film Holocaust habe jedem vor Augen geführt, daß Faschismus mit Massenmord zu tun habe. Strauß aber sei kein Massenmörder. Haben die Richter vergessen, daß Strauß ehemaliger Nationalsozialistischer Führungsoffizier ist, der die Soldaten im Geist einer Ideologie erziehen mußte, in deren Namen Massenmorde begangen wurden? Niemand unterstellt Strauß, er habe persönlich Massenmorde begangen; aber wenn das die Voraussetzung dafür ist, Faschist genannt zu werden, war auch Hitler kein Faschist.

DGB-Bonzen kapitulieren vor Strauß

MAINZ.— Der Vorstand des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz hat beschlossen, sich nicht an Protestaktionen gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1, Franz Josef Strauß, zu beteiligen. Je massiver Strauß und seine Leute gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hetzen, desto weicher werden den Bonzen in SPD- und DGB-Führung die Knie. Auf sie im Kampf gegen Strauß, gegen Reaktion und Faschismus zu setzen, bedeutet, dem starken Mann des Kapitals den Weg zu ebnen.

Aufrüstung bei der Kriegsmarine

BREMEN.— Am Donnerstag vorletzter Woche lief unter Anwesenheit des Bremer Bürgermeisters Koschnik (SPD) die erste von sechs neuen Fregatten der Bundeswehr vom Stapel. Die sechs Fregatten stellen das bisher größte Beschaffungsprogramm für die westdeutsche Kriegsmarine dar. Für den Bau dieser Kriegsschiffe streichen die Rüstungskonzerne 2,2 Milliarden Mark ein.

„Exilparteitag“ der Berliner NPD

NEUBRUCHHAUSEN (KREIS DIEPHOLZ).— Weil die alliierten Stadtkommandanten ein Verbot für NPD-Kundgebungen erlassen hatten, hielt die Berliner NPD in Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Polizei und den Diepholzer Kreisbehörden unter strengster Geheimhaltung ihren Parteitag in Neubruchhausen ab.

Aus Angst vor antifaschistischen Protestaktionen waren die 29 Delegierten auf großen Umwegen und unter Polizeischutz nach Neubruchhausen gekommen.

Aus dem Inhalt

Hoesch: Vertrauensleute fordern Erneuerung der Stahlbasis.....	4	CSU verschärft volksfeindliche Hetze.....	7
Interview mit dem RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon.....	4	Belegschaftsversammlung auf der Zeche „General Blumenthal“.....	8
Heißer Herbst 1969: 150 000 Arbeiter und Angestellte streikten.....	5	30 Jahre Volksrepublik China: Jubiläum der Heuchler.....	10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Die DDR in ihrem 30. Jahr — das ist der Staat der Mauer, der Selbstschußanlagen, der Bespitzelung und Ausplünderung der Werktätigen, der Herrschaft einer neuen Klasse von Bürokraten und Parteibonzen, der Verfolgung von Revolutionären und Kommunisten. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, daß dieser Staat einmal die Hoffnung der deutschen Werktätigen war. Und doch: Die Gründung der DDR als erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden war der größte Sieg, den die deutsche Arbeiterklasse bis heute errungen hat.

Erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden

Aber die Restauration des Kapitalismus enttäuschte die Hoffnungen

Die Gründung der DDR läßt sich nur im Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Entwicklung verstehen. Die Gründung wurde notwendig, als auf Befehl der imperialistischen Westmächte am 7. September die separatistische westdeutsche Bundesrepublik geschaffen und die Spaltung Deutschlands damit Wirklichkeit wurde.

Während im Osten unter dem Schutz der Stalinschen Sowjetunion die Junker, Militaristen, Konzernherren, Kriegs- und Naziverbrecher enteignet bzw. bestraft worden waren, war die Macht dieser alten Verderber Deutschlands im Westen bis 1949 weitgehend wiederhergestellt worden. Im Bündnis mit den US-Imperialisten suchten sie nun, die Westzonen zu einem Aufmarschgebiet gegen die sozialistische Sowjetunion und das entstehende sozialistische Lager zu machen. Die westlichen Imperialisten und ihre deutschen Lakaien durchkreuzten alle Bemühungen der

die Volkskongreßbewegung, die eine gesamtdeutsche Bewegung war und für die Einheit Deutschlands auf Grundlage der Potsdamer Beschlüsse eintrat. Im Dezember 1947 und im März 1948 hatten der I. bzw. der II. Deutsche Volkskongreß stattgefunden. Der II. Volkskongreß wählte einen Deutschen Volksrat und beschloß ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands. Dieses Volksbegehren wurde im Sommer 1948 durchgeführt. In den Westzonen hatten die Demokraten mit Verboten und Behinderungen zu kämpfen. Trotzdem gaben allein in Nordrhein-Westfalen 750 000 Menschen ihre Unterschrift. In allen vier Besatzungszonen stimmten 14 766 000 Menschen für die Einheit Deutschlands.

Während im Frühjahr 1949 im Westen das Hauptdokument der deutschen Spaltung, das westdeutsche Grundgesetz, ausgearbeitet wurde, organisierten

satzungsmächte einzusetzen.

Der III. Volkskongreß konnte die Spaltung Deutschlands nicht verhindern. Nach der Gründung der separatistischen Bundesrepublik mußten auch im Osten die Vorbereitungen für die Gründung eines antifaschistischen und demokratischen Staates — eines Staates im Sinne des Potsdamer Abkommens und im Sinne des Kampfes um die deutsche Einheit — in Angriff genommen werden.

Gründung der DDR

Auf der 9. Tagung des Deutschen Volksrates am 7. Oktober 1949 konstituierte sich daher der Deutsche Volksrat als Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die DDR war damit gegründet. Die Provisorische Volkskammer wurde die legitime Volksvertretung des neuen Staates. Erstmals in der deutschen Geschichte war eine echte Volksvertretung entstanden, in der die Arbeiter und Bauern die bestimmende Rolle ausüben konnten. Erstmals gab es auf deutschem Boden einen sozialistischen Staat.

Auf ihrer Tagung beschloß die Provisorische Volkskammer die nächsten Schritte zur Bildung einer Provisorischen Regierung und zur Verabschiedung der Verfassung der DDR. Am 11. Oktober wurde Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR gewählt. Am 12. Oktober bestätigte die Provisorische Volkskammer die Provisorische Regierung und die Verfassung der DDR.

Die Verfassung war die erste sozialistische Verfassung auf deutschem Boden. Sie gab dem Anspruch des deutschen Volkes auf eine unteilbare demokratische Republik Ausdruck. Im Gegensatz etwa zur Weimarer Verfassung proklamierte sie die Volkssouveränität nicht nur, sondern legte auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen dieser Volkssouveränität fest: Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis, Umwandlung dieser Betriebe in Volkseigentum; Abschaffung des privaten Grundbesitzes über 100 ha; Verbot aller kapitalistischen Monopole und Unternehmerverbände; entschädigungslose Enteignung zugunsten des Volkes bei Mißbrauch des privaten Eigentums an Produktionsmitteln zum Schaden der Gemeinschaft; Deklaration der Bodenschätze und Naturkräfte als Volkseigentum.

Damit bestätigt die Verfassung auch die antifaschistischen, demokratischen und teilweise sozialistischen Umwälzungen, die bis zum Herbst '49 schon im Osten Deutschlands stattgefunden hatten. Das Eigentum der Kriegsverbrecher war beschlagnahmt, die Konzerne waren aufgelöst, ihre Betriebe und die Banken, die wichtigsten Verkehrsmittel, der größte Teil der Industrie und des Handels war in Volkseigentum überführt worden. Die volkseigene Industrie war der führende Faktor der



Die Stadt hilft dem Land. Tausende von Arbeitern gehen aufs Dorf und helfen den werktätigen Bauern bei der Einbringung der ersten Ernte nach dem Krieg.

ostdeutschen Wirtschaft. Auf dem Lande war eine Landreform durchgeführt worden, der größte Teil der Güter der Kriegsverbrecher und Junker war an arme und landlose Bauern verteilt worden. Auf einem Teil des enteigneten Bodens wurden volkseigene Güter errichtet, die den Bauern die Vorzüge einer gesellschaftlich betriebenen Landwirtschaft auf der Grundlage fortschrittlicher Agrarwissenschaft vor Augen führen sollten und gleichzeitig Keime einer sozialistischen Landwirtschaft waren.

Am 10. Oktober — bereits einen Tag vor der Verabschiedung der Verfassung — hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ihre bisherigen Verwaltungsfunktionen an die Provisorische Regierung der DDR übergeben. Anstelle der Sowjetischen Militärverwaltung gab es jetzt nur eine sowjetische Kontrollkommission zur Überwachung der Erfüllung des Potsdamer Abkommens und der Beschlüsse der Alliierten. Mit dieser Maßnahme leitete die Sowjetunion die Herstellung der vollen Souveränität der DDR ein.

Die Gründung der DDR bedeutet gleichzeitig eine Stärkung des sozialistischen Lagers und der friedliebenden, antifaschistischen und sozialistischen Kräfte in der ganzen Welt. Die DDR stellte für Jahre das Hinterland und die Basis des Kampfes für den Sozialismus auch im Westen, für die Einheit Deutschlands dar. Die DDR bildete die Hoffnung und das konkrete Beispiel für Millionen von Werktätigen. Sie stellte die Verwirklichung dessen dar, wofür Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Millionen deutscher Kommunisten gekämpft hatten.

Kampf für die Wiedererrichtung der proletarischen Diktatur

Aber die DDR ist nicht die Hoffnung der Werktätigen in ganz Deutschland geblieben. Die revisionistische Ulbricht-Gruppe an der Spitze der SED konnte sich gegen die Marxisten-Leninisten in der Partei durchsetzen. Einen starken Auftrieb erfuhr diese Gruppe zudem durch die Machtergreifung der Chruschtschow-Revisionisten in der Sowjetunion.

Unter dem Kommando der Ulbricht, Honecker und Co. wurde die SED in eine bürgerliche, sozialfaschistische Partei verwandelt. Die Revisionisten zerstörten die sozialistischen Errungenschaften und errichteten ein kapitalistisches Ausbeuterregime. Mauer und Stacheldraht sind heute die Symbole

eines Polizeistaats, der sich zwar unverschämte mit der Bezeichnung „sozialistisch“ schmückt, in Wirklichkeit aber nichts anderes ist als ein terroristisches Joch zur Niederhaltung der Werktätigen im anderen Teil Deutschlands. Immer offener haben die Machthaber in Ostberlin auch die Einheit der deutschen Nation verraten, sie schließlich völlig gelehnt und die DDR zur östlichen Provinz im Kolonialreich der Kremlherren gemacht.

Unter diesen Bedingungen steht heute vor der Arbeiter-

klasse in der DDR die Notwendigkeit des Kampfes für den revolutionären Sturz der neuen Bourgeoisie, die Vertreibung der sowjetischen Besatzer und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Und es gibt in der DDR die organisierte Kraft, die an der Spitze dieses Kampfes steht — die Sektion DDR der KPD/ML, die gemeinsam mit den Sektionen unserer Partei in Westdeutschland und Westberlin den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland führt.

Stalin zur Gründung der DDR

„Wendepunkt in der Geschichte Europas“

Telegramm

an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl,

13. Oktober 1949

anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck

An den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl

Gestatten Sie mir, Sie und in Ihrer Person das deutsche Volk anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihrer Wahl zum Präsidenten und zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, eine große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf diesem neuen glorreichen Wege.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

J. Stalin



Sozialistische Umgestaltung — ein ehemaliger Rüstungsbetrieb wird zum VEB Schwermaschinenbau Ernst Thälmann Sowjetunion, der deutschen Kommunisten, Antifaschisten sowie aller friedliebenden und patriotischen Kräfte, die Einheit Deutschlands zu wahren und Verhältnisse in Deutschland durchzusetzen, die ein Wiederaufleben des Faschismus und Militarismus unmöglich machen.

Entgegen allen schönen Reden ging im Westen das Grundgesetz und damit die staatliche Fassung der Bundesrepublik nicht vom Volke aus, sondern wurde ihm von den Besatzungsmächten aufgetrieben. Adenauer, Schumacher und Konsorten spielten dabei die Rolle von Erfüllungsgehilfen. So stimmten sie beispielsweise der ausländischen Besatzung bis über das Jahr 2000 hinaus zu.

Die Entwicklung im Osten Deutschlands wurde dagegen von demokratischen und antifaschistischen Umgestaltungen bestimmt. Als im Herbst 1949 — als Antwort auf die durch die westlichen Imperialisten faktisch vollzogene Spaltung Deutschlands — die Gründung der DDR notwendig wurde, konnten die Werktätigen im Osten schon auf demokratische Traditionen zurückblicken, konnten sie sich auf gewachsene demokratische Einrichtungen und Organisationen stützen.

Volkskongreßbewegung für die nationale Einheit

Eine entscheidende Rolle spielte

Unterwanderungsdebatte

Hensche ein DKP-Agent?

Widersprüche innerhalb der DGB-Führung brechen auf

In der letzten Ausgabe des ÖTV-Magazins schießt Chefredakteur Dieter Schneider eine schwere Breitseite im Rahmen der Auseinandersetzung um die sogenannte kommunistische Unterwanderung des DGB ab. Nicht etwa gegen Strauß und seinen Generalfeldmarschall Stoiber richtet Schneider das Feuer, nicht gegen die Einpeitscher der Anti-Unterwanderungskampagne innerhalb des DGB, die ultrarechten Bonzen Adolf Schmidt und Horst Niggemeier (IG Bergbau und Energie).

Nein! Schneider schießt in die entgegengesetzte Richtung, nämlich gegen Detlev Hensche, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier. Hensche haftet bekanntlich das Etikett eines „Linksaußen“ unter den Spitzenvertretern der DGB-Bonzenschaft an.

Das Unterwanderungsgespens geisterte in der Vergangenheit vorwiegend auf Funktionärskonferenzen der Nachwuchskräfte des DGB-Apparats, zum Beispiel auf dem DGB-Jugendkongress im vergangenen Frühjahr herum. Dort machte bereits Bundesvorstandsmitglied Schwab, verantwortlicher Bonze für die DGB-Jugend, gegen den Einfluß der DKP-Jugendorganisation SDAJ mobil. Das hat sich inzwischen geändert. Genauer: seitdem DGB-Chef Vetter auf der Antikriegstagsveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle ausgepfiffen wurde. Jetzt hat sich der Kampfschauplatz verlagert. Die Entlassung des Jugendsekretärs Hawreluk, dem zur Last gelegt wird, daß er beim Vorgehen gegen linke und oppositionelle Kräfte in der DGB-Jugend nicht den rechten Mumm bewiesen habe, war sozusagen der Startschuß für eine Polemik innerhalb der Führungskreise des DGB-Apparates über Sinn oder Unsinn eines Feldzuges gegen die „kommunistische Unterwan-

derung“. Dabei sind als Unterwanderer nicht etwa die wirklichen Kommunisten, die Marxisten-Leninisten gemeint. Gegen sie gibt es ja bekanntlich die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Und darüber streiten sich die Geister in der DGB-Führung keineswegs. Daß jegliche „Unterwanderung“ von Seiten der KPD/ML, der RGO und anderer revolutionärer Kräfte mit Ausschlußterror von vornherein im Keim erstickt werden muß, steht nicht zur Debatte. Nein, es geht um die DKP.

DGB-Spitzenfunktionäre linker Färbung wie Hensche, Mahlein, Jakobi, Georg Benz und andere haben im Zusammenhang mit Hawreluks Entlassung und dem Geschrei aus der CSU-Ecke vom „kommunistisch unterwanderten DGB“ vor antikommunistischer Hysterie gewarnt. Sie haben die DKP als „gewerkschaftsloyal“ in Schutz genommen. Jetzt sehen sie sich plötzlich von einer Phalanx offen reaktionärer Kräfte im DGB-Apparat massiv unter Beschuß genommen.

Was man bislang nur von Adolf Schmidts und Horst Niggemeiers Bild-Zeitungs-Ersatz *Einheit* gewohnt war, ein hysterisches und demagogisches Geschrei über die Unterwanderungsarbeit der DKP, der angeblich immer noch „stalin-

istischen Umsturzpartei“ (unverdiente Ehre!) — jetzt kann man dergleichen auch im Organ der ÖTV und in anderen „seriösen“ DGB-Blättchen lesen.

Da geifert ÖTV-Chefredakteur Schneider gegen Hensche, was das Zeug hält: Hensche betreibe die Verniedlichung kommunistischer Ziele; er habe wohl die „Schrecken des Stalinismus“ aus seinem Gedächtnis getilgt; er wolle die armen Antikommunisten einschüchtern, unterdrücken und mundtot machen. Die Kommunisten (gemeint ist die DKP) dagegen wolle er unter Naturschutz stellen.

Im Grunde behauptet Schneider, Hensche sei ein verkappter Agent der DKP, der es kaum erwarten kann, bis diese den DGB in ein Werkzeug Moskaus und Ostberlins umgewandelt hat.

So lächerlich und absurd Schneiders Tiraden auch sind, so sehr ist Henschens Position die eines Angeklagten, der sich zu rechtfertigen hat. Das hängt damit zusammen, daß sein Reformismus es ihm nicht ermöglicht zurückzuschlagen. Wie könnte er auch auf einen Arbeiterverräter mit Steinen werfen, wo er doch selbst im Glashaus sitzt?

Wie dem auch sei! Eine derart scharfe Polemik unter den Spitzenvertretern des DGB-Apparats, die offen in der Ge-

werkschaftspresse ausgetragen wird, hat es bislang noch nicht gegeben. Diese Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der DGB-Führung kann nur aus der Verschärfung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik und aus dem mächtigen Anwachsen der oppositionellen Bewegung an der DGB-Basis gegen die reaktionäre Führung erklärt werden.

Dabei ist nun die DKP wahrhaftig nicht gerade die Triebkraft der klassenkämpferischen Opposition. Sie hat auch nicht Veters Debakel in der Westfalenhalle heraufbeschworen. Im Gegenteil! Sofern auch einfache SDAJ-Mitglieder mitgepfiffen haben, wurde ihnen später von der DKP- und SDAJ-Führung ob dieser „linksradikalen Entgleisung“ der Kopf gewaschen. Dennoch wollen die offen reaktionären Führer im DGB jetzt die Gleichschaltung der Gewerkschaften derart vorantreiben, daß auch kein Platz mehr für DKP-Leute im Funktionärskörper sein soll.

Hingegen neigen die Vertreter des linken Flügels innerhalb der Führungsgremien des DGB eher dazu, mit der DKP zusammenzuarbeiten und sich gegen die Opposition auch der scheinradikalen, revisionistischen Demagogie zu bedienen, in der die DKP-Führer so bewandert sind.

Für die ehrlichen oppositionellen Gewerkschafter gilt es, jede Gleichschaltung des DGB, jede Form von Diffamierung von Kollegen allein wegen ihrer Parteizugehörigkeit, kompromißlos zu verurteilen. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen fallen! Jeder Funktionär, der den Kampf für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter und kleinen Angestellten bewußt hintertreibt und sabotiert, muß als Gewerkschaftsfeind bekämpft werden. Wir brauchen eine wahre Einheitsgewerkschaft als starke Waffe im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Loderer warnt vor übertriebenen Lohnabschlüssen

MÜLHEIM (RUHR), 4. OKTOBER. — Eugen Loderer, Chef der größten westdeutschen Einzelgewerkschaft, hat auf einer Funktionärskonferenz der IG Metall vor übertriebenen Erwartungen in die nächste Lohntarifrunde gewarnt.

Eine Fehlentwicklung in der Einkommensverteilung mehrerer Jahre könne „nicht von der Tarifpolitik allein und nicht in einer einzigen Tarifbewegung geradegerückt werden“, behauptete Loderer vor IG-Metall-Funktionären in Mülheim (Ruhr).

Was die „Fehlentwicklung bei der Einkommensverteilung“ betrifft, so hat es jederzeit von den Gewerkschaftern, vor allem von den Vertrauensleuten, immer wieder Anträge und Vorschläge gegeben, wie ihr beizukommen sei. Das aktuellste Beispiel sind die zahlreichen Nachschlagsforderungen in den Betrieben, die Loderer jedoch kaltschnäuzig vom Tisch gefegt hat.

Im übrigen waren Mitte September von Loderer noch

ganz andere Sprüche zu hören. Da markierte er den „harten Eugen“ und forderte für die nächste Tarifrunde einen Teuerungsanpassungs- und Ausgleich für die gestiegene Arbeitsproduktivität (sprich Arbeitshetze) und einen Anteil an der Profitsteigerung.

Die Nachschlagsforderungen wurden unter dem Vorwand der Vertragstreue abgeblockt, die Kollegen auf die nächste Tarifrunde vertröstet. Doch auch daraus soll nichts werden, so jedenfalls will es Loderer.

Es gehört schon eine Menge Unverfrorenheit dazu, innerhalb von wenigen Wochen einmal den großen Lohnkämpfer zu mimen und dann wieder zu bremsen nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“.

Vertrauensleute fordern Erneuerung der Stahlbasis

DORTMUND. — Am 3. Oktober forderte der Vertrauenskörper der IG Metall bei Hoesch (Westfalenhütte) in Dortmund, daß bei einer Stilllegung der Siemens-Martin-Werke die Stahlbasis erneuert werden muß.

Offensichtlich laufen die Pläne der Konzernherren von Hoesch-Hoogovens darauf hinaus, die Siemens-Martin-Werke ersatzlos stillzulegen und die Stahlerzeugung von Dortmund weg an die holländische Küste zu verlagern. Das würde letztlich den Tod der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund bedeuten. Die Vertrauensleute erklären in ihrer Resolution, ein ersatzloser Abbau der Stahlbasis in Dortmund würde von der Belegschaft nicht kampflos hingenommen.

Die Betriebsgruppe Hoesch der RGO hat vor den Versammlungslokalen der Vertrau-

enskörper von Hoesch ein Flugblatt verteilt. Darin heißt es unter anderem:

„...wenn die Konzernspitze nicht investieren will, müssen wir sie dazu zwingen, und wenn sie zehnmal behaupten, die Produktion in Dortmund sei nicht profitabel. Wir stehen also vor einer Kraft- und Machtprobe und jetzt kommt es darauf an, bevor die Kapitalisten bestimmte Entscheidungen fällen, betriebliche und gewerkschaftliche Gegenwehr zu organisieren. Schon jetzt muß die gemeinsame Kraft aller drei Werke in die Waagschale geworfen werden.“

Neuerscheinung



**Aussperrung
Verbieten!**

Die Broschüre schildert die Anfänge der Aussperrung in Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg und zeigt, daß sich nach dem zweiten Weltkrieg in dieser Frage nichts geändert hat. Dabei kehrt die Broschüre die Haltung der Gewerkschaftsführung nicht unter den Tisch, sondern stellt die entschlossene Haltung der Arbeiter gegen den Aussperrungs-terror entgegen.

Preis DM 1.80. Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund, Postfach 30 05 26

Einheitsgewerkschaft? — Ja, aber richtig!

Interview der RGO-Betriebsgruppe Hoesch mit dem Betriebsrat Hartmut Siemon

Anläßlich der Vollversammlungen der IGM-Vertrauenskörper auf den drei Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund vom 3. Oktober verteilte die RGO-Betriebsgruppe Hoesch ein Flugblatt an die Vertrauensleute. Unter anderem enthält

RGO: Wie steht die RGO zur Einheitsgewerkschaft? Diese Frage wurde ja auf vielen kleinen Belegschaftsversammlungen diskutiert.

Hartmut Siemon: „Die Einheitsgewerkschaft, die möglichst viele Kollegen, unabhängig von ihrer politischen Weltanschauung, ihrer Parteizugehörigkeit umfassen sollte, wird von uns als die grundlegende Organisation der Arbeitnehmer angesehen und bejaht. Nehmen wir doch unsere aktuelle Situation. Die Estel-Konzernspitze stellt Tausende von Arbeitsplätzen in Dortmund in Frage. Aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung ist hier absolut notwendig und zwar einzig und allein orientiert an den Interessen der Kollegen, ihren Arbeitsplätzen und nicht orientiert am Profit der Bosse oder irgendwelchen Rücksichtsmaßnahmen auf bestimmte Parteivorstellungen.“

RGO: Wie beurteilst Du denn die Angriffe von Strauß gegen den DGB?

Hartmut Siemon: „Meiner Meinung nach verfolgt Strauß als ein ganz offener Vertreter der Unternehmer zwei Ziele mit seinen Angriffen auf die

Einheitsgewerkschaft. Einmal ist er wie die Unternehmer insgesamt an einer möglichst schwachen, zersplitterten Gewerkschaftsbewegung hier im Lande interessiert — damit die Konzerne ihre Rationalisierungspläne leichter durchführen können. Zum anderen will Strauß mit seiner Hetze von der sogenannten „kommunistischen Unterwanderung des DGB“ Druck auf die Gewerkschaftsführung ausüben, damit diese fortfährt, klassenkämpferische Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre auszuschalten und zu unterdrücken. Strauß will eine zahme unternehmerhörige Gewerkschaft.

RGO: Was hältst Du von dem geplanten Treffen Vetter/Strauß am 9. Oktober?

Hartmut Siemon: „Gar nichts! Was kann denn ein solches Treffen uns Arbeitern nützen? Will Vetter etwa den Gewerkschaftsfeind Strauß bekehren? Daran glaubt er doch wohl selber nicht. Alarmierend ist doch vielmehr, daß die Gewerkschaftsführung mit einem solchen Treffen dem Herrn Strauß den Persilschein eines Demokraten ausstellt, mit dem man im Falle eines Wahlsieges loyal zusammenarbeiten kann.“

dieses Flugblatt ein Interview mit dem Kollegen Hartmut Siemon, Betriebsrat der RGO auf Hoesch-Union. Wir geben das Interview hier im vollen Wortlaut wieder.

Am 1.9.79, auf der Antikriegstagsveranstaltung in der Westfalenhalle, hat Vetter ja schon gesehen, was die einfachen Gewerkschaftsmitglieder davon halten. Ein großes Transparent „Kein Treffen Vetter/Strauß“ wurde entrollt und Veters Bemerkung, man dürfe Strauß nicht einfach als Faschisten bezeichnen, ging im Protestpfeifen der 16000 unter.“

RGO: Also kann und sollte jeder Kollege Mitglied der DGB-Gewerkschaften sein?

Hartmut Siemon: „Im Prinzip ja. Ausgenommen nur offene Faschisten wie die NPD, die durch und durch arbeitfeindlich sind. Die Erfahrungen von '33 bis '45 haben uns Arbeitern ja gezeigt, was Faschismus bedeutet. Ich wehre mich auch dagegen, daß unsere Gewerkschaftsführung rechts und links immer gleichsetzt. Die Geschichte hat doch gezeigt: Die Arbeiterschaft kämpft gegen die Unternehmer, und die sind es, die stets mit den Rechten, der Reaktion und den Faschisten zusammengearbeitet bzw. sie gefördert haben. Für uns Arbeiter kam die Gefahr stets von rechts. Deshalb widerspricht es auch dem Gedanken

der Einheitsgewerkschaft, wenn klassenkämpferische, oppositionelle oder kommunistisch eingestellte Kollegen mit Hilfe der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. So was nützt nur den Unternehmern und solchen Reaktionären wie Strauß und es ist schlimm genug, daß Vetter in dieser Frage mit Strauß ein und derselben Meinung ist.“

RGO: Wenn Ihr für die Einheitsgewerkschaft seid, warum gibt es dann die RGO?

Hartmut Siemon: „Wenn innerhalb der Gewerkschaft in der Hauptsache alles in Ordnung wäre, wäre die RGO überflüssig. Aber Tatsache ist — und der Stahlarbeiterstreik hat dies auf bittere Weise bestätigt — daß der Vorstand, die Bezirksleitungen und die Ortsverwaltungen in aller Regel den Willen der Gewerkschaftsmitglieder mit Füßen treten und sich mit den Unternehmern auf unserem Rücken einigen. Wer dagegen innerhalb der IGM opponiert, wird diffamiert und mundtot gemacht. Allein ist man da machtlos. Gegen organisierten Arbeiterverrat hilft nur die organisierte Opposition — die RGO!“

10 Jahre Septemberstreiks '69 (Teil 2)



3000 streikende Werftarbeiter der Howaldtwerke — Deutsche Werft (HDW) demonstrieren. Teilweise sind ihre Frauen und Kinder mit dabei. Die Demonstration führt durch die Kieler Innenstadt Richtung „Kieler Yacht Club“, wo Verhandlungen der Direktion mit IG-Metall-Funktionären beginnen sollten.

Heißer Herbst '69

150 000 Arbeiter und Angestellte streikten

Am 2. September 1969 traten die Stahlkocher der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund für 30 Pfennig mehr Lohn in den spontanen Streik. Im ersten Teil unserer Artikelserie schilderten wir den Verlauf dieses machtvollen Kampfes, der schon nach zwei Streiktagen einen vollen Erfolg für die Hoesch-Kollegen brachte. Kaum hatten die Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen, sprang der Streikfunke bereits auf andere Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr über. Andere Industriezweige werden ebenfalls von der Streikwelle erfaßt. Die Streikbewegung greift ausgehend vom Ruhrgebiet auf verschiedene Teile der Bundesrepublik über. Sie wird erst in den letzten Septembertagen wieder abflauen.

Am Donnerstagmorgen (4. September) stehen in der Rhein-stahl-Gießerei in Duisburg-Meiderich alle Räder still. Dem Beispiel der Dortmunder Hoesch-Arbeiter folgend legt die 1300 Kollegen starke Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder. Auch ihre Forderung lautet: 30 Pfennig mehr für alle!

Allerdings — die Meidericher Stahlwerker haben einen härteren Kampf zu bestehen als ihre Dortmunder Hoesch-Kollegen. Denn inzwischen sind die Industrie- und Bankherren in Alarmbereitschaft. Sie haben die Gefahr erkannt: Aus dem Funken droht ein Steppenbrand zu werden! Am meisten beunruhigt die Herren der Umstand, daß die DGB-Führung, die Vetter, Brenner, Arendt und Co., vom Gang der Dinge überrascht wurden. Werden sie imstande sein, für ihre lieben „Sozialpartner“ in den Konzernpalästen den sozialen Frieden zu retten?

Ein DKP-Funktionär wiegelt ab

Fünf Tage lang stehen die Meidericher Stahlkumpels geschlossen im Streik. Dennoch werden sie am Ende mit einem oberfaulen Kompromiß abgespeist. Sie erhalten lediglich 50 Mark Sonderprämie und eine Vertröstung auf vorgezogene Tarifverhandlungen. Keine Bezahlung der Streikschriften, keine Lohnerhöhung!

Da war Verrat im Spiel, sonst hätten die Bosse eine so kämpferische Belegschaft nicht übers Ohr hauen können. Die Verräter saßen in der Streikleitung. Letztere existierte zwar nicht offiziell, wohl aber inoffiziell. Und die Verräter saßen unter den führenden Männern der Betriebsgruppen von SPD und DKP.

Beide Parteien sind bei Rheinstahl Meiderich relativ

stark vertreten, wobei anzunehmen ist, daß insbesondere in der DKP-Betriebsgruppe durchaus auch kämpferische und ehrliche Kollegen zu finden sind. Wie aber steht es um den führenden DKP-Mann bei den Meiderichern, um den Betriebsratsvorsitzenden und hohen DKP-Funktionär Heinz Lukrawka?

Lukrawka ist sicher der einflußreichste Streikführer bei Rheinstahl in Meiderich. Das steht fest. Was aber macht dieser Mann? Gerade in einer Situation, in der sowohl in zwei weiteren Großbetrieben des Rheinstahl-Konzerns als auch bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg insgesamt weit über 15000 Stahlarbeiter in den Ausstand treten, in der also die beginnende Streikbewegung einen machtvollen Aufschwung erfährt, gerade in dieser Situation wiegelt Lukrawka ab!

Die Rheinstahl-Bosse machen ihr unverfrorenes Angebot mit den 50 Mark Sonderprämie. Ein Almosen, weiter nichts! Anstatt diese Provokation zurückzuweisen und die Meidericher Stahlwerker zum Durchhalten zu ermutigen, schlägt der Betriebsrat mit Lukrawka an der Spitze vor, am Montag, nach fünf Streiktagen, den Kampf abzubrechen. Der Vertrauenskörper der IG Metall, in dem DKP und SPD Regie führen, schließt sich dieser Empfehlung an.

Spaltung und Verrat!

Am Montagvormittag ruft der angebliche Kommunist Lukrawka die Stahlwerker auf: „Brecht den Streik ab, geht wieder an euren Arbeitsplatz.“

Und das, obwohl — auch die DKP gesteht dies offen ein — in dieser Situation die Kampfberbereitschaft der Belegschaft nach wie vor groß ist. Gerade diese

Tatsache scheint auch der Grund dafür zu sein, daß Lukrawka und Konsorten keine Abstimmung unter den Streikenden durchführen lassen.

Trotz des Aufrufs von Lukrawka wird den ganzen Tag über nur sporadisch gearbeitet. Den ganzen Tag stehen Stahlarbeiter gruppenweise auf den Werksstraßen herum und diskutieren erregt. Viele Kollegen sagen: „Die 50 Mark Prämie sind eine Schande. Nicht einmal unser Lohnausfall wird gedeckt. Dafür haben wir doch nicht fünf Tage lang die Klammotten hingeschmissen!“

Viele Kollegen sind enttäuscht über Lukrawkas Verrat! Das soll ein Kommunist sein?! In den ersten Streiktagen, als das IGM-Vorstandsmitglied Michels aus Frankfurt angereist kam und die Belegschaft wieder an die Arbeit schicken wollte, wurde Michels ausgepöffelt. Worte wie „Kapitalistenknecht“ und „Arbeiterverräter“ fielen. Was aber soll man nun zu Lukrawkas Verhalten sagen? Auch er ist den Arbeitern in den Rücken gefallen!

Die DKP ist übrigens um eine Rechtfertigung für ihren Verrat nicht verlegen. „Wir haben uns für den Abbruch des Streiks ausgesprochen, weil die SPD-Betriebsgruppe den Abbruch gefordert hat. Wir wollten keine Spaltung der Belegschaft riskieren.“

Keine Spaltung der Belegschaft? Das war Spaltung! Gemeinsam mit der SPD hat die DKP Verrat geübt und die Belegschaft dadurch gespalten.

Es brennt an der Saar!

Einem Steppenbrand gleich breitet sich die Streikbewegung an den Hochofen, Gießgruben und Walzwerken der Stahlbarone aus. Am 5. und 6. September — just zu der Zeit, da die Streikführer bei Rheinstahl-

Meiderich zum Rückzug blasen — streiken allein im Ruhrgebiet fast 20000 Stahlarbeiter. Gleichzeitig aber springt der Streikfunke von der Ruhr an die Saar.

Vom 4. bis zum 8. September streiken im Saarland 6000 Arbeiter der Neunkircher Eisenwerke. Mit einer roten Fahne an der Spitze demonstrieren sie durch die Stahlstadt Neunkirchen. Währenddessen greift die Bewegung zum ersten Mal auch auf einen anderen Industriezweig über. Am 6. September weigern sich die Bergarbeiter der Zeche Luisenthal einzufahren. Ihnen schließen sich insgesamt 20000 Kumpels in fünf weiteren Saarbergwerken an.

Weil der Saarbergbau ganz in staatlicher Hand ist, marschieren die Kumpels im Verlauf ihres Streiks, der 5 Tage dauert, viermal in die Landeshauptstadt Saarbrücken. Vor dem Landtagsgebäude und vor der Hauptverwaltung der Saarbergwerke AG demonstrieren sie für ihre Forderungen.

Sie wollen endlich an das höhere Lohnniveau des Ruhrbergbaus angeglichen werden. Und nicht nur das. Die demonstrierenden Kumpels haben Transparente dabei mit Parolen wie: „600 Mark für eine ganze Familie ist gleich Ausbeutung.“ Ein Transparent fordert: „1000 Mark netto für Untertagearbeiter!“

Der zweite Marsch nach Saarbrücken, an dem sich 10000 Kumpels beteiligen, bringt den Verkehr der Landeshauptstadt völlig zum Erliegen. Am 11. September, dem letzten Tag des Streiks, versammeln sich 3000 bis 4000 Kumpels vor der Hauptverwaltung der Saarbergwerke AG. Die Kumpels dringen in das Gebäude ein. Einzelne Arbeiter stürmen in die Büros der Vorstandsmitglieder.

Aber nicht nur die Zechenherren selbst bekommen den gerechten Zorn der Saarbergleute zu spüren! Auch die Bonzen der IG Bergbau und Energie. Offen haben sie sich mit den Zechenherren gegen die Kumpels verschworen. Auf IGBE-Flugblättern hetzen sie gegen den Streik. Mit schmutzigen Betrugsmanövern versuchen sie, die Streikfront zu zerschlagen. Daß die empörten

kumpels hatten die Unternehmer und DGB-Bonzen am allerwenigsten gerechnet. Von der enormen Wucht dieses spontanen Ausbruchs sind sie überrollt. Die bürgerliche Öffentlichkeit reagiert hysterisch. Wenn die Saarkumpels dennoch einen Kompromiß hinnehmen mußten, der zwar eine gewisse Lohnsteigerung brachte, aber ihrer großen Kampfbereitschaft bei weitem nicht gerecht wurde, so liegt das daran, daß ihrem Streik eine organisierende Kraft fehlte. Sie mußten den Kampf am 11. September abbrechen, obwohl sie mit dem Ergebnis nicht einverstanden waren. Der gesamte Gewerkschaftsapparat der IGBE stand geschlossen gegen sie.

Betriebsbesetzung!

Von den Saargruben springt der Funke zurück auf die Zechen an Ruhr und Emscher. In Dortmund treten am 9. September 10000 Bergarbeiter auf vier Zechen der Ruhrkohle AG in den Streik. Auch sie stehen einer geschlossenen Front der Energie-milliardäre und der IGBE-Bonzen gegenüber. Ihren mutigen und lehrreichen Kampf werden wir in der nächsten Folge unserer Serie ausführlich beschreiben.

Verfolgen wir zunächst in groben Zügen die weitere Entwicklung der Septemberstreiks.

Im Ruhrgebiet hat die Bewegung nicht nur den Steinkohlebergbau erfaßt, sondern auch bedeutende Teile der metallverarbeitenden Industrie. Es kommt ferner zu Streiks bei Kraftwerken. Es streiken auch die Müllarbeiter und die Arbeiter in einigen städtischen Verkehrsbetrieben. Auch in mehreren Unternehmen der westfälischen Textilindustrie treten die Belegschaften in den Ausstand.

In Norddeutschland schließen sich als erste die Stahlarbeiter der Klöcknerhütte in Bremen der Streikbewegung an. Am 5. September legen sie die Arbeit nieder. Ihre Forderung: 70 Pfennig mehr für alle! Sie besetzen faktisch den Betrieb. Auch der auf einem Hüttenwerk unerläßliche Notbetrieb wird von den streikenden Stahlkochern selbst in die Hand genommen und organisiert. Die

wie dies bei Rheinstahl-Meiderich geschah.

Neben dem hervorragenden Beispiel der Klöckner-Kollegen verdient insbesondere auch der Streik der Werftarbeiter von der Howaldtwerke — Deutsche Werft (HDW) in Kiel Erwähnung. Auch die HDW-Kollegen besetzen den Betrieb. Auch sie kämpfen mit besonderer Ausdauer und Entschlossenheit. Dabei wird ihnen durch eine breite Solidaritätsbewegung der Kieler Bevölkerung der Rücken gestärkt. Die Streikenden arbeiten mit dem fortschrittlichen Teil der Kieler Studenten zusammen. Der AStA der Kieler Universität druckt Flugblätter für die HDW-Arbeiter.

Am 19. September, 10 Tage nach dem Beginn des Ausstands, wird auf Initiative des Vertrauenskörpers der Streik mit einem Kompromiß abgebrochen. Als jedoch am 26. September bekannt wird, daß die HDW-Bosse zwei Kollegen wegen ihrer Teilnahme am Streik gefeuert haben, legt die Belegschaft prompt wieder die Arbeit nieder. Die Werftherren sehen sich genötigt, die Maßregelungen zurückzunehmen.

Revolutionärer Anstoß

Die Streikwelle dauert bis Ende September an. In Süddeutschland können die Stahlarbeiter der oberpfälzischen Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg nach 2 Tagen Streik erhebliche Lohnforderungen durchsetzen. In Baden-Württemberg und in Bayern kommt es hauptsächlich in der Metallverarbeitung zu Streiks, aber auch im öffentlichen Dienst, wo hauptsächlich die Müllarbeiter den Kampf aufnehmen. Auch in Westberlin kommt es bei den Verkehrsbetrieben zum Streik, an dem 1200 Kollegen teilnehmen.

Insgesamt beteiligten sich an den Septemberstreiks ca. 150000 Arbeiter und Angestellte in rund 70 Betrieben. In solchem Ausmaß war es der deutschen Arbeiterklasse seit der Gründung der BRD noch nie gelungen, den arbeiterfeindlichen Tariffrieden der Kapitalisten und DGB-Führer zu sprengen und im selbständigen spon-



Am 11. September vor der Hauptverwaltung der Saarbergwerke AG: Tausende streikender Bergarbeiter demonstrieren für ihre Forderungen. Die Kumpels sind in das Direktionsgebäude eingedrungen. Die Zechenherren werden gezwungen, den Streikenden Rede und Antwort zu stehen.

Bergarbeiter nicht zum Gewerkschaftsamt in Saarbrücken marschieren, um die Arbeiterfeine dort aus ihren Büros zu holen, ist wieder einmal das „Verdienst“ der DKP: Als unter den demonstrierenden Kumpels die Losung „Auf, zum Gewerkschaftsamt!“ um sich greift, sind es DKP-Funktionäre, die mit einem trügerischen Argument abwiegen: „Dort sitzt doch nicht der Feind der Kumpels.“ Doch — er sitzt auch dort!

Mit dem Streik der Saar-

Direktion hat sich aus dem Verwaltungsgebäude zurückgezogen und residiert jetzt in einem Hotel.

Dieser Streik dauert 7 Tage. Er wird beendet, nachdem sich bei einer geheimen Abstimmung ein 52prozentiger Stimmenanteil für die Annahme eines Kompromisses ergeben hat.

Auch in diesem Streik spielen DKP-Funktionäre eine wichtige Rolle. Allerdings sind sie der Belegschaft nicht so direkt in den Rücken gefallen,

tanen Kampf bedeutende Lohnerhöhungen durchzusetzen. Es war in der Bundesrepublik bis dahin die größte spontane Streikbewegung. Sie wurde für die deutsche Arbeiterbewegung zu einem wichtigen Anstoß, zum Ausgangspunkt zunehmender revolutionärer Aktivitäten in Betrieb und Gewerkschaft.

Im nächsten RM: der Streik der Dortmunder Bergbaukumpels

Enthüllungsboom nach Hamburger-Skandal

Skrupellos verseuchen die Kapitalisten unsere Umwelt



„Durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Zerstörung unserer Umwelt durch die Industrie und den Staat!“ Diese Forderung aus dem Aktionsprogramm der KPD/ML ist angesichts der nach dem Hamburger Giftgasskandal bekanntgewordenen Fälle von Umweltverseuchung aktueller denn je. Skrupellos haben die Unternehmer, vor allem die Chemiemonopole, unser Land mit einer Unmenge von Giftalden überzogen. Am laufenden Band werden neue Horrormeldungen bekannt.

Thallium in Lengerich und anderswo, 1000 Tonnen HCH, Chlorbenzol und Dioxin (Seveso-Gift) auf bzw. unter dem Werksgelände der Chemiefirma Merck, HCH-verseuchte Milch etc. In allen Fällen duldet der Staat und die verantwortlichen Behörden die Angriffe auf unser Leben und unsere Gesundheit und macht sich so an dem verbrecherischen Treiben der Kapitalisten mitverantwortlich. Häufig ist er auch der Hauptdrahtzieher, wie gerade der Hamburger Giftgasskandal in aller Deutlichkeit zeigt.

bewußten Menschen geben. Doch kann man sicher sein, daß es sich dabei um reine Vorwärtsverteidigung handelt, man will verhindern, daß die wirklichen Skandale an die Öffentlichkeit kommen.

NRW

Der frischgebackene Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer (SPD) sah sich kürzlich durch den Druck der Ereignisse veranlaßt, daß bereits seit einigen Wochen unter der Federführung seines und des Arbeitsministeriums geheime

derart große chemische Aggressivität erhalten, daß es noch nicht einmal für die Industrie, geschweige denn als Trinkwasser zu gebrauchen ist. Sogar die Fundamente von Häusern werden von dem verseuchten Wasser langsam aber sicher zersetzt.

Bäumer verspricht, das Wissen der zuständigen Ämter zu „reaktivieren“, mehr sei vorerst nicht drin. Exakte Untersuchungen würden „Millionen verschlingen“.

Hessen

In Stadallendorf im Kreis Marburg-Biedenkopf sind seit Kriegsende unter einer 200 Meter langen Halde giftige Chemikalien vergraben. Darunter befinden sich auch aromatische Amine, die schwere Nervenerkrankungen hervorrufen können. Den Behörden ist das schon 30 Jahre lang bekannt. Erst jetzt wurden die Bürger darüber informiert. Der Müll stammt aus Giftgasbeständen der Firma Dynamit Nobel AG, die zu Beginn des Zweiten Weltkriegs errichtet und später ausgebaut wurde. 1955 sickerte eine gelblich-grüne Brühe aus der Halde, die nach Bittermandel roch.

Hans Wagner schrieb in der Illustrierten Quick, daß bei Kassel 305 Tonnen Kampfgas des Typs Blaukreuz vergraben seien. Für einen Sprecher der hessischen Landesregierung gibt es derlei Probleme nicht: „Kein Kampfstoff in Hessen“.

Bremen

Bei Bremerhaven hatte die Hitlerwehrmacht ein umfangreiches Munitionslager angelegt. Heute ist das Areal völlig verwildert — ähnlich wie das Stoltzenberg-Gelände — es ist durch einen verfallenen Zaun unzureichend gesichert; trotzdem sind Warningschilder angebracht: „Betreten verboten“. Doch der leitende Polizeidirektor der Bremer Innenbehörde Albert Lohse glaubt, „daß es im Lande Bremen derart gefährliche Einrichtungen und Lagerstätten nicht gibt“.

Schleswig-Holstein

Ein Sprecher des Innenministeriums in Kiel gab bekannt, daß seine Behörde nicht daran denke, die zuständigen Ämter und schon gar nicht die Bevölkerung zu erhöhter Wachsamkeit aufzurufen, da ohnehin „eine besondere Sensibilisierung vorhanden“ sei. Offensichtlich spielt er dabei auf die machtvollen Proteste gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf an. Allein in den letzten zwölf Monaten wurden in Schleswig-Holstein 700 000 Tonnen Munition gefunden.

Niedersachsen

In Munsterlager wird bekanntlich von Seiten der Bundeswehr mit chemischen Kampfstoffen experimentiert, um Schutzmaßnahmen zu erforschen, wie es offiziell heißt. Außerdem wurden 1945 von den englischen Besatzern riesige Mengen an chemischen Kampfstoffen vergraben. Aus den zuständigen Behörden verlautet die lakonische Auskunft, die entsprechenden Stellen seien mittlerweile aufgeforstet.

Bayern

Kürzlich sorgte eine stillgelegte Chemiefabrik in München-Aubing für Schlagzeilen. Auf

ihrem Gelände, das einen ähnlich verwahrlosten Eindruck hinterließ wie Stoltzenberg in Hamburg, spielten die Kinder der Umgebung. Von besorgten Bürgern aufmerksam gemacht, erklärten die zuständigen Stellen, daß von dem Firmengelände keinerlei Gefahr ausginge. Kurz darauf wurden 30 Kilogramm frei zugängliches Arsen gefunden. Weiter wurde bekannt, daß an etwa 100 geheimgehaltenen Orten 100 Dosen mit Lost und 40 Tonnen des Reizstoffes Clark vergraben seien. Da die Entsorgungsarbeiten aber zu kompliziert und umfangreich seien, wolle man es bei diesem Zustand belassen.

• **Durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Zerstörung unserer Umwelt durch die Industrie und den Staat!**

Aktionsprogramm der KPD/ML

für die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin



aus dem Aktionsprogramm der KPD/ML, zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund, Postfach 30 05 26

• **Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden!**



Weil eine Lengericher Zementfirma die Luft und den Boden mit feinstem Thalliumstaub vergiftet, haben sich die betroffenen Bürger versammelt, um gemeinsam Kampfmaßnahmen gegen die Verseuchung ihrer Umwelt zu organisieren.

Im Kampf gegen die Umweltzerstörung grenzt sich die KPD/ML strikt von allen industrie-feindlichen Strömungen ab. Die Ursache für die Verseuchung der Umwelt ist nicht die Industrie, sondern die schrankenlose Profitsucht derjenigen, die heute noch die Industrie ihr eigen nennen, die die gefährlose Vernichtung giftiger Chemikalien aus Kostengründen scheuen und sie stattdessen vergraben, die chemische Kampfstoffe zur Verfolgung ihrer aggressiven Ziele benötigen und deshalb mit solchen Verbrechern wie Stoltzenberg und Leuschner zusammenarbeiten.

Im folgenden ein Überblick über die neuesten Enthüllungen. Sie geschahen auf Druck der Hamburger Ereignisse. Durch sie wollen die Politiker sich den Anstrich von verantwortungs-

Untersuchungen auf Nordrhein-Westfalens Altdeponien durchgeführt wurden.

Es gibt über 2000 registrierte Altdeponien an Rhein und Ruhr. Das Gelände der Hitlerischen Kampfgasfabriken wurde nach dem Krieg kurzerhand einplanert. Es gibt unübersehbar viele nicht registrierte, zum Teil über 100 Jahre alte Abfallhalden, wo vornehmlich die chemische Industrie ihren Müll jahrzehntelang hingekippt hat. Vor kurzem wurde ein Fall aus dem Rheinland bekannt, wo Bauarbeitern auf einem Gelände, das nach offiziellen Angaben mit Bauschutt angefüllt sein sollte, Giftgasschwaden entgegenstiegen.

Durch die hemmungslose Verseuchung der Umwelt durch die Kapitalisten besonders in industriellen Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet hat das Grundwasser stellenweise eine



Sie wurden wie 90 Anwohner der Giftgasfabrik Stoltzenberg kurzfristig evakuiert, obwohl ein Giftgaszwischenfall erheblich mehr Menschen tödlichen Gefahren aussetzen würde.

Presseerklärung

Bürger von Eidelstedt und Lurup fordern weiter Information und konkrete Schutzmaßnahmen bei neuer Räumungsaktion.

Bürgerinitiative Giftmüllskandal Lurup-Eidelstedt (überparteilich/unabhängig)
Georg Mauritz
Hamburg 54
Tel.: 040/831 6006
Spendenkonto: „Eidelstedter Giftmüllskandal“
Rechtsanwalt Schönfeld
Hamburger Sparkasse,
Konto-Nr.: 1257/121358

Nach der Demonstration in der Innenstadt von Hamburg und der Ablehnung eines inhaltlichen Gesprächs durch den Bürgermeister Klose hat sich die Versammlung der betroffenen Bürger am Montag im Gemeindezentrum Ammerweg entschlossen, zur Selbsthilfe zu greifen.

1. Die Unterschriftensammlung für die Forderungen wird fortgesetzt. Bisher haben 400 Bürger Lurups und Eidelstedts unterschrieben.
2. Es wird die Unterschriftensammlung zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Herrn Ludwig, den Vater des getöteten Oliver Ludwig, unterstützt.
3. Da die Hamburger Behörden nicht bereit sind, der Bürgerinitiative Informationen über das Gelände zukommen zu lassen, fordern wir, daß Abgeordnete der Bürgerinitiative Einblick in das Gelände bekommen.
4. Da die Behörde über den Umfang der Gefahr bei der neuen Räumungsaktion nicht informiert, wird die Bürger-

initiative selbst Informations-tische und Aufklärungsflugschriften herausbringen.

5. Sie wird sich an die politischen Parteien, Organisationen und an Abgeordnete wenden, damit diese nicht sagen können, sie hätten nichts gewußt.
6. Es werden rechtliche Schritte überprüft, den Hamburger Senat zu zwingen, die Bevölkerung mit den gleichen Schutzgeräten, Medikamenten, Arztwagen etc. auszurüsten, wie die auf und am Gelände arbeitenden Staatsbeamten.

Die Bürgerinitiative dankt für jede Unterstützung. Wir rufen die Bürger Hamburgs auf, unsere Forderungen zu unterstützen.

CSU verschärft arbeiterfeindliche Hetze

Strauß und Stoiber betreiben Volksverhetzung

Die CSU hat die Protestaktionen gegen die Straußkundgebungen im Ruhrgebiet, in Köln, Bremerhaven und Bremen zum Anlaß genommen, eine beispiellose Hetzkampagne gegen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, gegen jeden Straußgegner zu starten, der in den meisten Punkten den Straßatbestand der Volksverhetzung erfüllt.

Das Signal dazu gab Strauß persönlich, als er die nach tausenden zählenden Gegner seiner arbeiterfeindlichen und ultrarechten Politik im Rahmen seiner Essener Kundgebung als „die besten Schüler Goebbels“ diffamierte.

Ende September stellte CSU-Generalsekretär Stoiber gegenüber der *Frankfurter Rundschau* fest: „Wir haben in der Vergangenheit nicht deutlich gemacht, daß die Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren, die im großen und ganzen kollektivistische Lösungen angestrebt hatten.“ Die Straußgegner verglich Stoiber mit Leuten, die „vor 40 Jahren schon einmal eine Demokratie kaputtgemacht“ hätten.

Diese Äußerungen, die die Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten, die Masse der Gewerkschaftsbewegung auf eine Stufe mit den Nazi-Verbrechern stellt, war keineswegs ein Ausrutscher eines hysterischen Strauß oder eines profilierungssüchtigen CSU-Funktionärs; sie wurden auf dem CSU-Parteitag unter dem Beifall der knapp 1000 Dele-

gierten noch einmal ausdrücklich bekräftigt.

Nach dem Münchener CSU-Parteitag hatte der Landesvorsitzende der CSU-Nachwuchsorganisation Junge Union Bayern Gelegenheit, in einem Artikel des *Bayernkurier* zu demonstrieren, daß er seine Lektion gelernt hatte. Umstandslos verglich er die Mitglieder der CSU mit den großen Jugendverbänden, der Jungsozialisten und Jungdemokraten mit der SA, der SS und den übrigen Nationalsozialisten. Die Straußgegner seien „Staatszerstörer“ und „kriminelle Gestalten“.

Die mutigsten Widerstandskämpfer von damals und die Antifaschisten von heute auf eine Stufe mit den Nazi-Henkern stellen, das können nur völlig charakterlose und verkommene Existenzen. Kein Wunder, daß solchen Leuten jedes noch so schmutzige Mittel recht ist, gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften zu hetzen.

Wenn nun auch die SPD-Bonzen gegen die Strauß-Hetze lautstark protestieren, so

ist das blanker Hohn. Denn die SPD-Führung hat sich selber große Verdienste in Sachen antikommunistische und arbeiterfeindliche Hetze erworben. Niemand anders als der SPD-Chef Kurt Schumacher war es, der Anfang der 50er Jahre die Kommunisten „rotlackierte Nazis“ nannte. Und der DGB-Chef Vetter, der auch SPD-Mitglied ist, kramte zum Antikriegstag in Dortmund die sattem bekannte Formel „Hitler gleich Stalin“ aus der Tasche, was allerdings in einem Pfeifkonzert unterging.

Im Vorwärts jammert die SPD, die Union brauche die Lüge von der „großangelegten Volksfront“, um ihre Hetztiraden loszuwerden. Welch erbärmliche und feige Haltung. Der wirkliche Grund für die Strauß'schen Hetztiraden ist die in Bewegung geratene Arbeiterklasse, die nicht gewillt ist, Lohnraub und Bespitzelung, Ausbeutung und Unterdrückung widerstandslos hinzunehmen. Und was die „groß angelegte Volksfront“ betrifft, so scheint sie nicht nur für Strauß ein Alptraum zu sein.

Prozeß Bahr/Strauß in Bochum

Zweifelhafter Erfolg für die SPD

Strauß will Hetze fortsetzen

BOCHUM.— Nun ist es amtlich festgestellt: Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, ist nicht der Initiator der Protestaktionen gegen Strauß in Essen und Köln gewesen. Das Bochumer Landgericht hat Strauß' diesbezügliche Ausführungen per einstweiliger Verfügung am 3. Oktober verboten.

Anlaß der gerichtlichen Auseinandersetzungen war eine Strauß-Äußerung auf einer Kundgebung in Herne, nach der Egon Bahr „der Initiator der SPD-gesteuerten und -aufgeladenen Krawalle“ bei den Wahlkampfauftritten von Strauß am 14. September in Essen und Köln gewesen sei.

Strauß ließ sich wegen wichtiger politischer Termine entschuldigen und schickte stattdessen Generalsekretär Stoiber in den Ring; Bahr war persönlich erschienen.

Nachdem Strauß selber schon am 24. September in München seine Äußerungen dahingehend korrigiert hatte, daß er Bahr nicht mehr als Organisator der Protestaktionen bezeichnen wolle, versuchte Stoiber durch die verzwicktesten Interpretationskunststücke zu erläutern, daß Strauß den

Begriff „Initiator“ nicht als „Tatsachenbehauptung“ gebraucht habe; das Wort habe vielmehr „tendenziell den Charakter der Meinungsäußerung“ gehabt. Auch sei niemals die Rede davon gewesen, daß Bahr der „unmittelbare“ Initiator gewesen sei; von dem Wort Initiator wolle man aber auf keinen Fall abweichen, trotzdem sei man ohne weiteres bereit zu glauben, daß Bahr weder die Eier bestellt noch persönlich zu den Krawallen aufgerufen habe.

Egon Bahr hatte einen Vergleich mit Strauß abgelehnt; er wollte, daß das Gericht dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU für die Zukunft solche diffamierenden Äußerungen verbietet. Immerhin sei er schon immer „gegen Krawall und Gewalt“ gewesen.

Ist es unter bürgerlichen

Politikern unseres Breitengrades allgemein üblich, zumindest zum Schein Gerichtsurteile, wenn auch zähneknirschend, anzuerkennen, so erklärte Strauß in München nach der Urteilsverkündung, die CSU werde die Verantwortung Bahr's „dann eben mit anderen Formulierungen klarstellen, wenn der Begriff ‚Initiator‘ so eng ausgelegt werden muß.“

Formal hat Strauß den Prozeß verloren, doch hat er mit der einstweiligen Verfügung ein richterliches Dokument in der Hand, daß die SPD-Bonzen jede Aktion gegen ihn ablehnen, daß sie sich dem antifaschistischen Kampf gegen Strauß entgegenstellen werden. Für Strauß und seine Union ist das ein Blancoscheck für weitere und verschärfte antikommunistische und antidemokratische Hetze.

Trotz Widerstand der SPD:

Kulturabend gegen Carstens und Strauß

Hanne Hiob las Texte von Brecht

ESSEN.— Brecht gegen Carstens und Strauß, unter diesem Motto ging eine Kulturveranstaltung in der ehemaligen Essener Pädagogischen Hochschule (PH) mit leider nur mäßigem Besuch über die Bühne.

Aufgerufen hatten die Initiatoren der Demonstration, die am 23. Mai dieses Jahres anläßlich der Wahl des Altnazis Carstens zum Bundespräsidenten in Bonn durchgeführt wurde. Innerhalb dieser Demonstration wurde das Brecht'sche Gedicht *Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy szenisch dargestellt*. An der Essener Veranstaltung wirkten unter anderem mit: die Pfeffermühle aus Bochum, der Rote Wecker aus München, der Essener Eislerchor, die Politrockgruppe Ruhrwerk aus Dortmund. Ei-

nen Höhepunkt des Abends bildete zweifellos eine Lesung der Brecht-Tochter Hanne Hiob, die zahlreiche Gedichte ihres Vaters rezitierte.

Der Veranstaltung war noch ein juristisches Vorspiel vorausgegangen. Die Erlaubnis zur Benutzung der Aula der ehemaligen PH wurde kurzfristig von der Stadt Essen (SPD-Verwaltung) zurückgezogen. Am Vorabend der Veranstaltung wirkten die Initiatoren jedoch noch eine einstweilige Verfügung gegen die Stadt Essen.

Das Vorgehen der Stadt Essen ist ein erneuter Beweis dafür, daß die SPD-Bonzen sich nicht nur nicht an dem Kampf gegen Strauß beteiligen, sondern daß sie in einer Front mit Strauß diesen Kampf behindern.

Auf dem Kulturabend sprach auch der von den SPD-Führern unter Feuer genommene SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing. Was er zu Strauß und seinen Hintermännern sagte, war begrüßenswert, doch über die Rolle seiner Partei sagte er leider kein Wort.

WEINHEIM.— Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichteten, kam es am Wochenende des 22./23. September in Weinheim zu schweren Provokationen durch die Neonazisten der Jungen Nationaldemokraten (JN), Jugendverband der NPD. Unter dem Schutz der Polizei überfiel ein etwa zehnköpfiger Schlägertrupp der Neonazis eine Gruppe junger Antifaschisten, die sich an einem Informationsstand des Stadtjugendrings aufhielten, und knüppelte wahllos um sich. Der Antifaschist Georg mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Hilfstruppen des Franz Josef Strauß

Günter Deckert — ein neuer Star der Neonazis

Pferdewechsel in der NPD?



DIE PARTEI NACH VORNE BRINGEN!

Aufruf der Kreisvorsitzenden

WIR WOLLEN EINE NEUE FOHRUNG



Interne Broschüre der NPD mit dem Bild von Deckert, NPD-Stadtrat in Weinheim, NPD-Kreisvorsitzender Rhein-Neckar, Mitbegründer des Faschistenkomitees „Für die Wiedereinführung der Todesstrafe“, Stellvertreter des Bundesvorsitzenden der NPD... und Oberstudienrat am Mannheimer Tulla-Gymnasium.

einen starken, straff ausgerichteten faschistischen Kampfverband zu verwandeln. Der nächste Bundesparteitag der NPD ist für den 8./9. Dezember in Ketsch am Rhein geplant. Dort soll die Machtübernahme des Aufstiegers Deckert durchgeführt werden.

Die Antifaschisten machen Front

Die Weinheimer Antifaschisten haben sich unter dem Eindruck der faschistischen Provokationen und der skandalösen Haltung der Stadtpitze noch enger zusammengeschlossen. 400 beteiligten sich an einer Kundgebung, der bisher größten in Weinheim, auf der auch eine Grußadresse an den schwerverletzten Antifaschisten Georg verabschiedet wurde.

Die besondere Solidarität der Antifaschisten gilt zur Zeit dem Stadtjugendring, der von Stadtrat Deckert auf das übelste diffamiert wurde: „Diese Figuren ziehen jedes Jahr an den Drähten und haben keine Hemmungen, sich des Abschaums der roten Szene, der Ausgeflippten, der Zukurzgekommenen, des roten Mobs zu bedienen.“

Jetzt gehen die Antifaschisten in die Offensive. Eine Großveranstaltung ist in Vorbereitung, eine Fotoausstellung wird ausgearbeitet und eine Broschüre über den Nazi-Führer Deckert soll erstellt werden, die vor allem an Deckerts Gymnasium das rege Interesse der Schüler erregen wird. Des weiteren liegen bislang zwei Strafanzeigen gegen den NPD-Funktionär vor, eine des Stadtjugendrings wegen Verleumdung, eine des schwer verletzten Antifaschisten Georg.

Die Antifaschisten im ganzen Land müssen mit aller Kraft verhindern, daß die faschistische NPD sich zu einem schlagkräftigen Nazi-Kampfttrupp entwickelt. Die Hauptgefahr eines neuen '33 geht zwar nicht von den NPD-Faschisten aus, doch die Erfahrung zeigt, daß ein Franz Josef Strauß eine solche militante Reserve für seine berüchtigten Ziele ohne weiteres mobilisieren würde. Bereits 1970 sagte er in einem Vertrautenkreis: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind — mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.“ (Zitiert nach Spiegel Nr. 12, Jg. 1970, S. 106)

Und die Aktionseinheit, die bereits heute in Weinheim zwischen CDU und NPD zu Lasten der Bevölkerung tadellos funktioniert, die wird es auch im Bundesmaßstab geben, wenn die Antifaschisten nicht bundesweit einen energischen Kampf dagegen führen.

- Verbot aller faschistischen Organisationen und Bestrafung jeder faschistischen, rassistischen und kriegshetzerischen Propagandatätigkeit!
- Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!
- Für Freiheit, Demokratie und Frieden!

Deckert soll NPD auf Vordermann bringen

Bekanntlich befindet sich die NPD auf Bundesebene in einer Krise. Die Mitgliederentwicklung ist rückläufig, die spektakulären Wahlerfolge liegen weit zurück. Einzig der Parteibezirk Günter Deckerts wächst und erstarkt unter tatkräftiger Mithilfe der Behörden. Günter Deckert zog mit 20 Prozent in den Stadtrat ein.

Wie aus einem parteiinternen Papier der NPD hervorgeht, gibt es starke Bestrebungen, die amtierende Parteiführung unter Martin Mußnug zu stürzen und Günter Deckert zum neuen Führer zu küren. Ihm traut man zu, die NPD in

Aktionseinheit zwischen NPD und CDU

Daß die Stadt hier mit braunen Verbrecherbanden unter einer Decke steckte, zeigte sich in aller Deutlichkeit eine halbe Stunde nach dem Überfall, als der NPD-Spitzenfunktionär Günter Deckert auf einer Kundgebung mit hämischer Freude feststellte, „daß bislang unsere Veranstaltung in einem Rahmen verlief, der dieser Stadt und diesem Gemeinwesen Ehre macht, und einige der angekündigten roten Chaoten nicht entsprechend honoriert oder in dem Maß begrüßt, wie es dieser

Belegschaftsversammlung auf der Zeche „General Blumenthal“

„Eine große Kelle voll Nachschlag muß her!“

Arbeiterkorrespondenz aus Recklinghausen

Am 23. 9. erlebten 1200 Kumpel eine kämpferische Belegschaftsversammlung. Die Stimmung war geladen, weil seit Monaten in den Zeitungen über den

Der Lohnabschluß vom 1.5. von 4,2 Prozent war schon längst wieder von den Preissteigerungen aller Art aufgezehrt. In einem Viertel Jahr kehrten über 30 meist junge Kumpel ab, weil sie auf General Blumenthal nichts mehr verdienen konnten.

Der Betriebsratsvorsitzende versuchte durch einiges Gerede diese Stimmung aufzufangen. Er forderte das Punktsystem bei Handwerkern und die Gedinge bei Kumpeln zu erhöhen, das heißt mehr über-tarifflich zu zahlen. Aber jeder wußte: Jetzt redet er groß rum, aber getan hatte der Betriebsrat nichts.

Sofort nach den Berichten von Betriebsrat und Direktion meldete sich unter großem Beifall ein revolutionärer Kollege zu Wort und hielt eine gute Rede.

Alle Kumpel klatschten, als gefordert wurde, daß wir einen Nachschlag mit der großen Schöpfkelle bekommen müßten. Danach ging sofort ein anderer Kollege hoch und griff die Betriebsführer an, weil sie mit Polizeiputtmethoden die Kumpel fertig machten. Außerdem forderte er mehr Geld vor allem für Handwerker, die durch das Punktsystem benachteiligt sind.

Danach ging ein anderer revolutionärer Kollege ans Mikrofon und griff die Zechenherren wegen der Mieterhöhung bei Werkwohnungen an. Aufgrund der Änderung eines

Paragrafen müssen die Kumpel zwischen acht und fünfzehn Prozent mehr Miete bezahlen, weil die Pauschalsätze für Reparatur und Verwaltungskosten angehoben wurden.

„Bei den vielen Zechenwohnungen kann man sich ausrechnen, wieviel Geld in die Kassen der RAG und VEBA fließen. Dieser Brief, das ist der gleiche Stil, mit dem seit einiger Zeit dem Kumpel die Gedinge diktiert werden: friß Kumpel, oder du kriegst noch weniger. Der Kumpel ist gezwungen zu zahlen, sonst kann er sich ja eine noch teurere Privatwohnung suchen. Und diejenigen, die eine Heizung haben, werden wegen Erhöhung der Erdgaspreise bald erneut einen „netten Brief“ von RAG und VEBA bekommen — diese beiden Konzerne langen bei uns voll hin.“

Warum tut der Betriebsrat nichts dagegen? Warum schreibt er nicht ebenfalls so einen „netten Brief“ im gleichen Stil, etwa so:

„Seit der letzten Lohnerhöhung hat sich die Preisentwicklung erheblich beschleunigt. Die Mehrwertsteuer auf alle Waren wurde erhöht. Die Lebenshaltung der Kumpel verteuert sich durch Benzin-, Erdgas und Mieterhöhungen, von denen auch Sie profitieren. Aufgrund dieser Entwicklung sind von Ihnen höhere Löhne zu zahlen (— ebenfalls Beifall von der Versammlung —). Bezogen auf jeden Kumpel

großen Bedarf an Kohle und über die steigenden Profite der RAG berichtet wurde, weil der Kumpel aber immer weniger Geld in der Lohntüte hat.

ergibt sich eine Erhöhung von 10 Mark je Schicht.“

Kollegen, ich meine, so ein Brief wäre nötig, damit wir einen Nachschlag bekommen. Stattdessen passiert gar nichts, im Gegenteil, die Kumpel, die mehr Geld fordern, werden noch madig gemacht.

Dazu paßt die Zeitungsmeldung von vor drei Wochen wie die Faust aufs Auge: „Pünktlich zur Heizsaison: Ruhrkohle 4,7 Prozent teurer!“ Das ist innerhalb von neun Monaten die zweite Erhöhung, sie liegt natürlich weit höher als die Lohnerhöhung für uns. Es ist ein Hohn, wenn seit Wochen jeden Tag in der Zeitung steht: Der Bergbau muß wieder attraktiver werden! Der Kumpel muß weiter nach oben in der Lohnskala! Die Wohnungen für die Kumpel müssen günstiger werden! Von diesen ganzen schönen Worten können wir uns nichts kaufen, wir wollen Taten sehen, die sich in der Lohntüte zeigen. Die nächste Lohnerhöhung können wir nicht abwarten.“

Der Beifall für die oppositionellen Kollegen zeigte, daß die Kumpel mit dem Betriebsrat und der Politik der IGBE überhaupt nicht einverstanden sind. Der anwesende Bezirksvorsitzende der IGBE Ruhr-Nord, Alkekotte, wird wohl Ohrenklappen bekommen haben!

Der Betriebsrat antwortete überhaupt nicht auf die vorgebrachten Punkte. Weitere Kollegen meldeten sich zu Wort.

Sie gingen auf die schlechte Behandlung der Kumpel durch die Betriebsführer ein. Sie griffen das Gedingedikt an, wodurch mancher gezwungen ist, für weniger Geld mehr Arbeit zu machen als vor vier Jahren. Ebenfalls zurückgewiesen wurde das System der blauen Briefe, und daß so die Kumpel gezwungen sind, wenn sie krank werden, bloß nicht zu feiern.

Jeder bekam Beifall, und es zeigte sich, daß sich bei den Bergleuten sehr viel Unmut angestaut hat, der zum Teil hier zu Wort kam. Es sprachen ungefähr zehn Kumpel. So viel wie seit Jahren nicht mehr! Und im Kern ging es immer darum: Wir bekommen wenig Geld und werden behandelt wie der letzte Dreck!

Viele Kumpel sagten nachher: „Das wurde mal Zeit! Jetzt habt ihr sie mal ordentlich gefeuert, und recht habt ihr!“

Viele waren auch empört, weil der Betriebsrat auf nichts geantwortet hat und nicht gesagt hat, was er jetzt wirklich machen will. Alle Kumpel meinten, daß es nicht ausreicht, eine Resolution auf Verdoppelung der Bergmannsprämie an den Hauptvorstand zu richten, sondern daß massive Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit der Lohn steigt.

Jetzt müssen Maßnahmen auch von der RGO ergriffen werden, die Bewegung für Nachschlag zu organisieren und weiterzuführen.

Bosch-Siemens Hausgerätewerk
Fristlose Kündigung von
RGO-Betriebsrat
verhindert

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Unter Anführung fadenscheiniger Gründe haben die Bosch-Siemens-Kapitalisten versucht, den Betriebsrat Ludvik Dedek aus dem Betrieb zu werfen. Angeblich hat der Kollege „mehrmals gegen den Arbeitsvertrag verstoßen“, indem er „zum wiederholten Male unerlaubt seinen Arbeitsplatz verlassen“ habe.

Am 13.9. fand in dieser Sache eine außerordentliche Betriebsratssitzung statt. Obwohl die Bonzen um den BR-Vorsitzenden Kahl hofften sich von dieser Sitzung die Zustimmung zu dem Rauschmiß, um ein ihnen unliebsames Betriebsratsmitglied endgültig loszuwerden. Doch sie hatten sich zu früh gefreut. Einen Tag später verteilte die RGO ein Flugblatt, in dem es über die wahren Hintergründe der geplanten Entlassung und über die Betriebsratssitzung heißt:

„...Was war passiert? 18.7.: 14.00 Uhr, Akkord am Band ist fertig. Ludvik geht zur Toilette. Auf dem Rückweg spricht ihn ein Kollege an und bittet ihn, mit in die Personalabteilung zu gehen. Ludvik geht selbstverständlich mit. 14.20 Uhr: Ludvik kommt zurück. Der Meister wirft ihm vor, er habe sich nicht angemeldet. (Zur Toilette! — denn Ludvik kann ja nicht vorher wissen, daß er einen Kollegen trifft!)“

Es gab schon ähnliche „Fälle“ und Ludvik hat deswegen Ermahnungen bekommen. Dieser „Vorfall“ wird nun zum Anlaß für eine fristlose Kündigung genommen!

Es ist ja bekannt, daß die RGO-Betriebsräte auf Schritt und Tritt kontrolliert und bespitzelt werden. Der Meister Stegmann und der Betriebsingenieur Mayer sind da besonders aktiv. Von Anfang an wurde die Betriebsratsarbeit von Dieter, Ludvik und Susanne erschwert und behindert. Aber sie haben sich nicht einschüchtern lassen.

Dies ist nun der erste offensive Vorstoß der Geschäftsleitung, diese „unbequemen“ Betriebsräte, die 30 Prozent der Stimmen bekommen haben, unter fadenscheinigen Vorwänden aus dem Betrieb zu schmeißen. Und da schien ihnen die Urlaubszeit günstig. Gleichzeitig testet damit die Geschäftsleitung den Betriebsrat insgesamt. Denn bei einer solchen Kündigung muß der Betriebsrat zustimmen oder ablehnen.

Die Kündigung wurde abgelehnt. In einer geheimen Abstimmung haben neun Betriebsräte dafür und neun dagegen gestimmt. (Gleiche Ja- und Nein-Stimmen bedeuten Ablehnung.)

Damit wurde der Angriff

der Geschäftsleitung zurückgeschlagen. Aber wir sehen: Neun Betriebsräte haben der Kündigung zugestimmt! Ferner: Außer den Betriebsräten Dieter und Susanne und einem Betriebsrat der Liste 2 hat kein Betriebsrat gegen diesen Kündigungsantrag Stellung genommen oder dagegen protestiert. Auch der BR-Vorsitzende Kahl hat sich um eine Stellungnahme gedrückt. Aber wir sehen auch: Mindestens vier Betriebsräte der IGM-Liste haben die Kündigung abgelehnt. Das ist ein Ausdruck praktischer Solidarität...“

Soweit das Flugblatt der RGO. Eine weitere schriftliche Stellungnahme zu dem geplanten Rauschmiß von Ludvik kam vom Vorsitzenden der Vertrauenskörperleitung der IGM, Wolfgang Berger. Er gab ein Info für die IGM-Mitglieder heraus, und dieses Info war allerdings ein starkes Stück. Abgesehen davon, daß es Berger nicht für nötig gehalten hatte, eine Vollversammlung der Vertrauensleute einzuberufen, vertrat er auch nicht im Traum daran, sich von den „Entlassungsgründen“ der Unternehmer zu distanzieren.

Nein, im Gegenteil — in seinem Info bietet er den Unternehmern sogar noch weitere Munition, um Ludvik mit anderen Begründungen (zum Beispiel Verstoß gegen die Arbeitsordnung oder Mißachtung des BVG) aus dem Betrieb zu werfen. Da heißt es zum Beispiel in diesem Info: „Interessant im Schlußwort vor der Abstimmung war die Äußerung des Herrn Dedek sinngemäß, daß Gesetze, die man nicht für gut findet, auch nicht genau einzuhalten sind.“ Tatsächlich hatte der RGO-Betriebsrat in seinem Schlußwort klar gestellt, daß Gesetze und Verträge, die BR-Mitglieder daran hindern, ihrer Arbeit nachzukommen, abgeschafft werden müssen.

Für die Kollegen ist von Anfang an klar gewesen, daß dieser Kündigungsversuch ein politischer Angriff auf alle Betriebsräte der RGO war, mit dem die Geschäftsleitung und ihre Handlanger im Betriebsrat rechtzeitig vor den nächsten BR-Wahlen wieder Ruhe im Betrieb herzustellen versuchen. Das Verhalten des Vertrauensleutkörper-Vorsitzenden zeigt aber auch allzu deutlich, daß es leider in der IGM Elemente gibt, die dem Verfassungsschutz in nichts nachstehen, wenn es darum geht, fortschrittliche Arbeiter anzuschwärzen, um sie auf die Straße zu werfen.

Die Verhinderung der Entlassung von Ludvik ist allerdings ein Erfolg für die Kollegen, über den sich sicher auch viele IG-Metaller gefreut haben.

Leibwächter
antwortet für Minister

Das Interview

Volkskorrespondenz aus Bremen

Eine Talkshow mit Innenminister Baum, aufgenommen bei Radio Bremen. Die Gegend wimmelt vor Gorillas, die auf den Innenminister aufpassen. Die anwesenden Journalisten müssen ihre Ausweise am Anzug tragen, jederzeit sichtbar.

Ein freier Mitarbeiter des Senders hat am Rande der Fernsehaufnahmen einen Interviewtermin mit dem Herrn Minister vereinbart. Es ist nicht leicht, an den Gorillas vorbei an ihn ranzukommen. Schließlich darf der Reporter dem Herrn Minister einen Zettel mit Fragen vorlegen. Der Minister ist einverstanden und das Interview beginnt.

Thema: Vietnamflüchtlinge. Kurz vorher hatte Bonn die „Entwicklungshilfe“ für Viet-

nam abgesagt, weil angeblich aus Vietnam die Menschen vertrieben würden. Der Reporter will wissen, ob durch die Zurückhaltung der Entwicklungshilfe nicht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Vietnam verschärft würden, so daß eventuell noch mehr Menschen das Land verlassen.

Baum antwortet ausweichend. Der Journalist hakt nach. Baum spricht von Verletzung der Menschenrechte in Vietnam, deswegen sei Entwicklungshilfe unmöglich. Der Journalist führt faschistische Diktaturen an, zu denen Westdeutschland die besten wirtschaftlichen Beziehungen hat... Da ist das Interview schon zu Ende.

Ein Gorilla war dazwischen-

gegangen. Der Herr Minister habe die Frage nun schon mehrmals beantwortet. Und außerdem müsse man so etwas den Außenminister fragen, man habe jetzt auch keine Zeit mehr... Dieser mutige Einsatz des Leibwächters war auch zu hören, als das Interview in einer Zeitfunk-Sendung von Radio Bremen ausgestrahlt wurde. Außerdem schilderte der Reporter die Begleitumstände des Interviews.

Die Intendanz des Senders mußte sich sofort bei Baum entschuldigen. Hier war der Reporter nicht als Stichwortgeber für den prominenten Bonzen aufgetreten, sondern als jemand, der Fragen stellt, die die Wahrheit ans Licht bringen können. In diesem Fall die

Wahrheit, daß die Vietnamflüchtlinge für Washington und Bonn ein politisches Geschäft erster Klasse sind.

Allein mit der Entschuldigung bei Baum ließ es die Intendanz nicht bewenden. Die Mitarbeiter der Zeitfunk-Redaktion, Barbara Schleich, sollte das in solchen Fällen übliche Opfer werden. Doch am Widerstand ihrer Kollegen scheiterte die geplante Entlassung. Allerdings mußte sie hinnehmen, daß ihre Probezeit verlängert wird.

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. und der Kulturzeitschrift Linkskurve

Albanische
Literatur

- Redebeitrag eines Vertreters der albanischen Messedelegation
- Lesung albanischer Literatur — u.a. durch Gisela Trowe, Schauspielerin
- albanisches Violinkonzert
- und andere Kulturbeiträge
- anschließend Tanz

Am 13.10. 1979 um 19.00 Uhr, Haus Riederwald, Max-Hirschstr. 34, 6 Frankfurt-Riederwald, ab 17.00 Uhr Vorprogramm (Reisefilm, Dias)

Bestellen Sie Informationsmaterial
der KPD/ML

- | | |
|--|--|
| ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML | ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren |
| ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probennummer des „Roten Morgen“ | ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden |

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellingerhofstraße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.



Immer dabei: Minister Baum im Kreise seiner Gorillas

Sozialistische Volksrepublik Albanien

Die Folgen des Erdbebens sind beseitigt

Kommuniqué des ZK der Partei der Arbeit und des Ministerrats der SVR Albanien

TIRANA. — Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanien und der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepublik Albanien veröffentlichten Ende September ein Kommuniqué über die erfolgreiche Beseitigung der Schäden des Erdbebens vom 15. April dieses Jahres. Darin heißt es unter anderem:

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanien und der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepublik Albanien teilen dem ganzen Volk voller Freude mit, daß die ersten Schäden, die das Erdbeben vom 15. April verursacht hatte, vollkommen beseitigt sind. Dies wurde innerhalb der gesetzten Zeitspanne erreicht. Das ist ein großer Sieg, ein geschichtliches und unvergessliches Ereignis für unser Volk und unser sozialistisches Vaterland.

Aufgrund des Erdbebens vom 15. April und der Nachbeben in den Bezirken von Shkodra, Lezha, Mirdita, Diber, Kruja, Mati, Puke und Tropoja starben 35 Menschen, wurden 382 Menschen verletzt, wurden 17 122 Wohnhäuser und öffentliche Einrichtungen zerstört, verloren in 551 Dörfern und den Städten Shkodra, Lezha und Rrshen 100 000 Menschen ihr Heim.

Entsprechend den Instruktionen des Zentralkomitees der Partei und des Genossen Enver Hoxha, ergriffen der Ministerrat, die Partei und die staatlichen Organe der betreffenden Bezirke sofort alle notwendigen und dringenden Maßnahmen, der betroffenen Bevölkerung zu helfen. In kürzester Zeit wurden alle betroffenen Familien einquartiert und alle anderen unumgänglichen Hilfen geleistet. Der Ministerrat beschloß, daß bis zum 1. Oktober 1979 alle Folgen dieser

großen Naturkatastrophe beseitigt werden müßten, daß alle Ausgaben vom Staat finanziert würden.

Dem Ruf der Partei und des Genossen Enver folgend, erhob sich das ganze albanische Volk zur Beseitigung der Folgen des Erdbebens. Diese hohe Bereitschaft und volle Mobilisierung ist ein weiterer Beweis für die herrliche sozialistische Solidarität, zu der die Partei unser Volk erzogen hat, für die kämpferische Einheit des Volkes um die Partei, was die Quelle für die Stärke und Unbesiegbarkeit unserer sozialistischen Ordnung ist.

Ungefähr 20 000 Spezialisten, Maurer, Zimmerleute, Mechaniker, Fahrer, Ingenieure, Architekten, Techniker, Elektriker und so weiter aus allen Teilen des Landes, arbeiteten an der Seite der werktätigen Bevölkerung der besonders betroffenen Bezirke. 5 Monate arbeiteten sie, ununterbrochen, heldenhaft, mit hohem revolutionärem Geist.

Das Volk der betroffenen Gebiete und die Freiwilligen aus dem ganzen Land, machtvoll unterstützt von der ganzen albanischen Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern, leisteten ein großes Arbeitsvolumen und beseitigten die Erdbeschäden in Rekordzeit.

Während der fünf Monate intensiver Arbeit wurden 14 522 Wohnhäuser und andere Objekte repariert, 2 441 neue Häuser und 165 verschiedene neue öf-

fentliche Bauten errichtet. Die Zahl derer, die jetzt in den neuen und reparierten Häusern wohnen, ist ebenso groß wie die Einwohnerzahl der Städte Durres und Berat zusammen. Weiter wurden 47 km elektrische Überlandleitungen neu gebaut und 44 km Wasserleitungen.

Nach Abschluß dieser großen Arbeit, die dazu führte, daß alle neue Wohnungen haben, und den Ausgaben von ungefähr 150 Millionen Lek, die der Staat finanzierte, übergaben die Partei und der Staat den betroffenen Bauern die Häuser als ihr Eigentum, für die sie keine Miete bezahlen müssen.

Nur in einem wahrhaft sozialistischen Land, wie Albanien, wo die Menschen Herren ihres Schicksals sind, eine marxistisch-leninistische Partei wie die Partei der Arbeit Albanien als Führung haben, fühlen sie sich auch bei einer großen Naturkatastrophe nicht alleine gelassen und der Gnade des Schicksals überlassen, wie dies in den bürgerlichen Ländern ist.

In den bürgerlichen Ländern verwandeln sich einerseits Katastrophen in wahre Tragödien für Millionen Einwohner, während andererseits für die herrschenden Klassen Profitquellen daraus werden.

Endlose Jahre bleiben dort die Menschen ohne Zuhause, oder sind gar gezwungen auszuwandern, ihre Familien zu verlassen. Vor diesen Leiden be-



Direkt nach dem Erdbeben: Der Aufbau wird schwungvoll angepackt

wahren sie weder Gebete noch Gottesdienste, und auch der Bau von Kirchen und Moscheen kann ihnen nicht helfen. Nur die freie Arbeit der Menschen, die von der kapitalistischen Sklaverei befreit sind, nur der Sozialismus verwandelt solche Katastrophen in revolutionäre Kraft, die alle Schwierigkeiten überwindet und wahre Wunder schafft.

Die große Volksbewegung zur Beseitigung der Erdbeschäden zeigte, welche großen Energien und unbegrenzte Möglichkeiten in unserem Volk und unserer Wirtschaft vorhanden sind.

Es ist die Pflicht aller Parteioorganisationen, der Staats- und Wirtschaftsorgane, der Massenorganisationen, die Erfahrungen, die bei dieser kolossalen Arbeit gesammelt wurden, zu verallgemeinern und sie dazu zu benutzen, die historischen Beschlüsse des 7. Parteitag der PAA und den 6. Fünfjahrplan zu erfüllen, um unser geliebtes Heimatland so stark wie möglich zu machen, und das Leben des Volkes immer glücklicher.

An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanien

Dortmund, 6. Oktober 1979

Liebe Genossen, weniger als ein halbes Jahr ist es her, als am 15. April ein starkes Erdbeben den Norden Albanien heimsuchte. Eine Bilanz des Unheils: 35 Tote, Hunderte Verwundete, über 17 000 Häuser und Gebäude unbewohnbar oder völlig zerstört, 100 000 Menschen obdachlos. Doch nicht Jammern und Wehklagen und erst recht keine Stoßgebete zum Himmel, wie es sonst in anderen Ländern üblich ist, gab es in Albanien, sondern Tatkraft und revolutionären Optimismus. „Macht Euch keine Sorgen, alles wird schöner als vorher wiederaufgebaut“, sagte die Partei. „Dein Wort — unsere Tat!“ antwortete das Volk. Wie ein Mann um die Partei vereint, krepelte es die Ärmel hoch und machte sich an die Arbeit. Eine Welle von Solidarität im ganzen Land, Hilfe von Partei und Staat überall. Genossen einer Delegation unserer Partei waren eine Woche nach der Katastrophe Zeuge dieser revolutionären Atmosphäre.

Und jetzt hören wir bereits die Nachricht, daß sämtliche Schäden in allen betroffenen Bezirken behoben sind. Das ist ein gewaltiger Sieg, mit dem Albanien erneut aller Welt die Überlegenheit des sozialistischen Systems anschaulich vor Augen führt, mit dem es die Stärke des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, beweist, mit dem sich nicht zuletzt die korrekte marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit Al-

baniens zeigt. Dieser Sieg hat auch für uns, für den revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse, erhebliche Bedeutung, zeigt er doch, daß in einem wirklich sozialistischen Land, wie Albanien es ist, das Glück und Wohlergehen der werktätigen Menschen über alles geht.

Zu diesem bedeutenden Sieg gratulieren wir von Herzen dem ganzen albanischen Volk, den albanischen Staatsorganen und der PAA, insbesondere den Arbeitern und Genossenschaftsbauern sowie den Staatsorganen und Parteioorganisationen in den betroffenen Gebieten. Dieser Sieg verdeutlicht den revolutionären Schwung und Enthusiasmus, ist Teil der Siege, mit denen das albanische Volk stolz dem bevorstehenden großen Jubiläum des 35. Jahrestages der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution entgegen sieht.

Nichts kann Albanien, nichts kann das albanische Volk und seinen siegreichen Aufbau des Sozialismus erschüttern: keine imperialistisch-revisionistische Blockade und Drohung, kein revisionistischer Verrat und auch kein Erdbeben, denn unter Führung seiner heroischen Arbeiterklasse mit der prinzipienfesten PAA an der Spitze ist es Herr seiner Geschichte. Hoch der revolutionäre Geist des albanischen Volkes! Es lebe die PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

ZK der KPD/ML
gez. Ernst Aust
Vorsitzender

In den bürgerlichen Ländern bleiben die Opfer ohne Hilfe

Katastrophen in kapitalistischen Ländern: Jahrelanges Elend!

Spekulanten profitieren vom Elend

TIRANA. — Die albanische Nachrichtenagentur ATA veröffentlichte im Zusammenhang mit der Meldung über die erfolgreiche Beseitigung der Schäden des Erdbebens

die Naturkatastrophen in den bürgerlichen und revisionistischen Ländern, so ATA, führen nicht nur zum Massenelend der betroffenen Bevölkerung. Die bürgerliche Gesellschaft erweist sich nicht nur als gleichgültig diesem Elend gegenüber, sondern es gibt viele Fälle, in denen kapitalistische Bosse solche Schwierigkeiten ausnutzen, um Profit daraus zu schlagen.

Anfang 1976 wurde Guatemala von verschiedenen Erdbeben heimgesucht, die zahlreiche Todesopfer forderten und die Wohnungen von anderthalb Millionen Menschen zerstörten. Bis heute sind nur sehr wenige Familien in neue Häuser eingezogen, während die übergroße Mehrheit immer noch in unhygienischen Baracken und Hütten haust, die sie selbst, ohne irgendwelche Hilfe der Regierung, gebaut haben. Ebenso, fährt ATA fort, ist die Lage auf den Philippinen. Seit dem Erdbeben von 1976 sind die 12 000 betroffenen Menschen ohne Obdach. In Sizilien kam es vor kurzem zu großen Demonstrationen von Erdbenenopfern aus dem Jahre 1968. Diese Menschen sind seit elf Jahren ohne jede Hilfe geblieben. Sie baten die Regierung,

die Europäische Gemeinschaft und auch den Papst von Rom um Hilfe, alles vergebens.

Ernst ist auch die Lage von Bauern und Bewohnern länd-

vom 15. April auch einen Bericht über die Auswirkungen von Erdbeben auf die werktätige Bevölkerung in den bürgerlichen und revisionistischen Ländern.

Hochwasser Anfang August dieses Jahres mehr als 25 000 Häuser in 500 Dörfern. Auch die Hauptstadt Delhi und verschiedene große Städte in nord-

lichen Menschen werden Opfer zahlreicher Seuchen, die entstehen, weil es keinerlei Sofortmaßnahmen zur hygienischen Hilfe gegeben hat.

Um den Eindruck zu erwecken, die Behörden würden den Opfern helfen, betont ATA, werden zahllose Treffen veranstaltet, Kommuniqués herausgegeben, aber es wird nichts oder nur sehr wenig getan.

Die Opfer geraten in die Fänge von Betrügnern und Spekulanten. Im italienischen Erdbebengebiet von Friaul wurden zahlreiche Betrügereien mit Geldern, die zum Wiederaufbau von Häusern bestimmt waren, aufgedeckt. Hauptdrahtzieher dieses Betruges war ausgerechnet der Regierungsbeauftragte, der die Arbeiten zur Beseitigung der Erdbeschäden leiten sollte. Ähnliche Vorfälle wurden auch aus Guatemala, Philippinen, Indonesien und anderen Ländern gemeldet.

Diese schwere Lage der Bewohner der betroffenen Gebiete hat dazu geführt, daß in allen diesen Gegenden in letzter Zeit große Demonstrationen stattfanden, auf denen die Opfer ihre Forderungen erhoben.



Das norditalienische Gebiet von Friaul wurde zweimal von Erdbeben aufgesucht. Die Gelder, die für den Wiederaufbau bestimmt waren flossen in dunkle Kanäle. ... Die Bewohner fürchten sich vor dem Schicksal der 40 000 Sizilianer aus dem Val di Belice, die 1968 durch eine Erdbekatastrophe ihre Häuser verloren. Die meisten wohnen heute noch in Barackenlagern.

licher Gebiete, die von über die Ufer gehenden Flüssen und großen Regenzeiten betroffen werden. In Indien zerstörte

westlichen Bundesstaaten wurden betroffen. Mehr als 5 Millionen Menschen sind seitdem obdachlos. Diese unglück-

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE	
1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1457 kHz	206 m MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1457 kHz	206 m MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1394 kHz	215 m MW



Polizeimord an zwei Genossenschaftlern in Portugal

Hunderttausende verteidigen die Agrarreform

Das Begräbnis wurde zur größten Demonstration seit Jahren

MONTEMOR, SAMSTAG, 29. SEPTEMBER.— Vom frühen Morgen an füllt sich die kleine Stadt. In Autobussen, auf Fahrrädern, mit der Eisenbahn und zu Fuß kommen sie aus allen Ecken und Enden des Landes: Antifaschisten, Demokraten, Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Kommunisten. Sie kommen, um zwei Landarbeitern das letzte Geleit zu geben. Im Alentejo, wo Montemor liegt, wird der Kampf um die Agrarreform immer härter. Seit vor einigen Jahren das „Barretogesetz“ verabschiedet wurde, haben die Großgrundbesitzer und Großbauern den 1975 gebildeten Genossenschaften bereits 240 000 Hektar Land geraubt.

Der Druck der offen rechten Parteien der Amaral und Sá Carneiro auf die Regierung Mota Pinto hatte dazu geführt, daß, kurz vor deren Rücktritt, der Ministerpräsident 90 Forderungen auf Landrückgabe an die Reichen zugestimmt hatte. Das Ziel der Reichen auf dem Lande ist es, noch vor der Aussaat die Mehrheit der Genossenschaftsländereien zu rauben. Diesen Kurs hat die neue Regierung Pintasilgo fortgesetzt und bereits 20 Ländereien zwangsweise enteignet und den Reichen gegeben. Einen entsprechenden Auftrag hatte auch Hauptmann Faria bei der Genossenschaft Bento Gonçalves zu erfüllen. Mit rund 20 bewaffneten Polizisten, begleitet von zahlreichen großen Grundbesitzern, kam er, um zu beschlagnahmen. Die Genossenschaftler wollten diesen Raub nicht einfach hinnehmen. Aber ihr Widerstand wurde gezielt mit Mord gebrochen. So

erhielt der junge Antonio einen Genickschuß, und neben dem Tod von Jose gab es auch noch verschiedene schwer Verletzte.

die Todesopfer gekostet hatten. Sie war auch ein Zentrum der Landbesetzungen von 1975, wo sehr schnell zahlreiche Genos-

geben. Hunderttausende schlossen sich dem Trauerzug an, der zur größten Demonstration seit Jahren in ganz Portugal wird. Zwei Tage vorher waren Antonio Casquinha, 17 Jahre alt, und Jose Caravela, 57 Jahre alt, von einem Trupp der GNR-Polizei unter dem Kommando des Hauptmanns Faria ermordet worden.

Alentejo-Gebiets fühlte und verstand, daß dieser zweite Feuerüberfall auf Genossenschaften innerhalb kurzer Zeit bedeutet,

Trauerzug anschlossen, griff die Hauptparole dieser Gruppe, die unter der Bevölkerung sehr weit verbreitet ist, auf. Sie mobili-

tierten Putschversuchs Spinolas überall im Land zu Versammlungen und Kundgebungen aufgerufen, die nun zu großen Protestversammlungen gegen den Mord an den Genossenschaftlern wurden.

Die PKP(W) erhob am selben Tag drei Forderungen:

1. Sofortige Einstellung aller Landnahmen bis das nächste Parlament das Barretogesetz abschafft.

2. Sofortige Verhaftung und exemplarische Bestrafung der Verantwortlichen für den Mord
3. Rückzug der GNR aus dem Alentejo

Während die Partei mit diesen Losungen auf großen Widerhall stieß, beharrte die pseudokommunistische Partei des Dr. Cunhal auf ihrer Linie einer „vernünftigen Anwendung“ des Gesetzes Barreto. Damit kommt diese Partei in ernsthafte Schwierigkeiten, denn dies widerspricht den spontanen Forderungen und Wünschen der Werktätigen des Alentejo.

Vor dem portugiesischen Volk, insbesondere vor den Genossenschaftlern stehen schwere Tage. Sie müssen einen großen Kampf führen. Die UDP, auch ihre Abgeordneten in Bezirksparlamenten, forderte einen eintägigen Generalstreik gegen das Barretogesetz. Weitere Aktionen werden vorbereitet.



Hunderttausende nahmen an dem Trauerzug zur Beerdigung von Antonio Casquinha und José Caravela teil, die von der Polizei ermordet wurden.

Die Stadt Montemor stand still, die Gefühle des Volkes kochten. Diese Stadt ist ein traditionelles Zentrum des Kampfes gegen die Reichen und die Diktatur Salazars gewesen, wo bereits 1945 und 1958 Massendemonstrationen gegen die Regierung stattgefunden hatten,

senschaften gebildet worden waren.

Als jetzt die Nachricht vom Tod der beiden Genossenschaftler kam, wurde in der ganzen Region in über 50 Fabriken nicht gearbeitet, versammelten sich die Menschen auf freien Plätzen. Die Bevölkerung des

daß der Raubzug gegen die Genossenschaften um jeden Preis beschleunigt fortgesetzt werden soll.

Die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), deren Parteiorganisationen der Region und deren Zentralkomitee sich dem

sierte zu Aktionen unter der Losung:

Die Agrarreform wird verteidigt — um jeden Preis!

Die Partei und auch die Demokratische Volksunion (UDP) hatten aus Anlaß des fünften Jahrestags des geschei-

30 Jahre Volksrepublik China

Jubiläum der Heuchler

Die Not des Volkes wird von den neuen Herren verschärft

PEKING, 1. OKTOBER.— Am 1. Oktober wurde in China der 30. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China begangen. Zahlreiche Ereignisse der letzten Wochen haben

Was ist das für ein Jubiläum in Peking! Während vor fünf oder zehn Jahren die jeweiligen Jahrestage mit großen und bombastischen Paraden gefeiert wurden, Gongs geschlagen und Feuerwerke abgebrannt, alles zu Ehren Maos, des Allmächtigen, so können heute die Pekinger Machthaber nicht mehr verschweigen, wie die wirkliche Lage des Volkes ist, und wo der weitere Weg hinführen wird.

Die Leute um Deng Xiaoping und Hua Guo Feng haben ihr Programm kurz vor dem Jahrestag in zwei großen Reden bekanntgegeben. Wie zu erwarten war, heißt ihr Kurs: immer schneller voran auf dem Weg offener kapitalistischer Politik. Der stellvertretende chinesische Premierminister Gu Mu betonte auf einer Pressekonferenz den Willen seiner Regierung, der Weltbank beizutreten. Nachdem bereits seit Monaten gemeinsame Betriebe mit den westlichen Monopol-

herren vorbereitet werden, soll jetzt auch die Integration Chinas in das westliche Finanzsystem vollzogen werden. Nach den ausländischen Monopolbetrieben, die die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter nach China tragen, werden jetzt auch die Währungsmanipulationen, die Inflation, die Preistreiberie direkt auf das chinesische Volk abgewälzt.

Auch Marschall Ye Jianying, einer der starken Armeemachthaber und Parlamentspräsident, ging in einer Rede auf die weitere Entwicklung Chinas ein. Dabei kritisierte er auch Mao wegen der Kulturrevolution, die einige von Yes Freunden Machtpositionen gekostet hatte. Er betonte aber andererseits, die chinesische Regierung und Partei folge nach wie vor Mao. Es ist offensichtlich, daß die neue chinesische Führung die chaotischen Experimente der Vergangenheit nicht brauchen kann, weil dies ihre ausländischen Partner ver-

deutlich gemacht, daß das chinesische Volk allerdings keinen Grund hat zu feiern, denn die Not ist groß und wächst weiter.

unsichert.

Die Auswirkungen der maoistischen Politik haben bis heute nicht die Bürokraten, Bonzen, alten Kapitalisten und Armeebefehlshaber zu spüren bekommen. Sie sitzen heute alle noch — oder wieder — in den Machtzentren.

Die Lasten dieser Politik mußte das Volk tragen. Eine Landwirtschaft, die weitgehend ohne Mechanisierung und mit äußerst geringer Produktivität arbeitet, hat dazu geführt, daß das Volk nicht genug zu essen hat.

Eine starke Schwerindustrie als Basis der Industrialisierung fehlte und fehlt, was zu geringer Produktivität der Industrie, zu massenhafter Arbeitslosigkeit geführt hat. Die neue Regierung mußte jetzt zugeben, daß seit Jahren fast 20 Millionen Jugendliche ohne Arbeit sind. Zahlreiche Demonstrationen fanden in den letzten Monaten in Peking und anderen großen Städten statt, auf denen Hunderttausende Jugendliche Arbeit forderten.

Eine bildungs- und kulturfeindliche Politik hat dazu geführt, daß es in dem Rieseland noch nicht einmal 300 000 Studienplätze gibt, was bedeutet, daß das technisch-wissenschaftliche Niveau niedrig war und nach wie vor ist. Ausbildung gibt es nur für die Söhne der Kanas, der Funktionäre, ganz so, wie man es aus der DDR kennt.

Nein, die Chinesen haben keinen Grund zum Feiern. Denn auch der Kurs der neuen Machthaber bessert für das Volk gar nichts, im Gegenteil.

Die amerikanischen Konzerne, die im eigenen Land 6 Millionen Menschen ohne Arbeit lassen, werden bestimmt nicht dafür sorgen, daß es in China mehr Arbeit gibt. Sie wollen billiger produzieren.

Die westlichen und japanischen Kredite über Abermilliarden Dollars werden nur zu einer steigenden Verschuldung des Landes führen. Die Rückzahlung ist gesichert. Spätestens mit dem Beitritt zur Weltbank, die ein Instrument der US-amerikanischen Großmachtpolitik ist.

Zu diesem Jahrestag können die Kommunisten und die Arbeiter aller Länder nur den Wunsch haben, daß die chinesischen Arbeiter den Kampf gegen Not und Elend aufnehmen, daß sie sich auf den Weg machen, auch in China eine neue soziale Ordnung zu errichten, die es dort bisher nicht gab, die es ohne den Sturz der heutigen Machthaber auch nicht geben wird.

300. Ausgabe Vanguardia Obrera

MADRID.— Ein Jubiläum feiert die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten. In diesen Tagen erscheint die 300. Ausgabe ihres Zentralorgans Vanguardia Obrera. Der Rote Morgen sandte den spanischen Genossen, die mit ihrer Zeitung auch in der Zeit tiefer Illegalität die Interessen der Arbeiterklasse vertraten, ein Glückwunschsreiben.

Zum Thema

Streit um Sowjetsoldaten auf Cuba

Carters Drohung gilt den Völkern Lateinamerikas

WASHINGTON.— Die Furcht des US-Präsidenten Carter in der letzten Woche war eine einzige Drohung — weniger an den russischen Konkurrenten um die Weltherrschaft, vielmehr an die Völker Lateinamerikas.

Bereits seit Wochen hatte eine umfassende Pressekampagne im ganzen westlichen Lager diese Rede vorbereitet. Sowjetische Soldaten auf Cuba, eine Bedrohung für die Sicherheit der USA und ganz Amerikas — das war der Tenor dabei.

Nun ist es ohne Zweifel so, daß die russische Armee eine aggressive Armee ist. Aber einige tausend russische Soldaten auf Cuba sind im Vergleich zur Militärmacht USA nicht einmal erwähnenswert. In allen Ländern Lateinamerikas stehen US-amerikanische Truppen, Militärberater, Spezialeinheiten, Militärakademien. Alle Armeen Lateinamerikas, mit Ausnahme der cubanischen Armee, sind mit US-Waffen ausgerüstet. Auch auf Cuba

existiert übrigens nach wie vor der US-Stützpunkt Guantanamo.

Die Tatsache, daß russische Soldaten auf Cuba sind, ist überdies seit langem, vor allem der amerikanischen Regierung bekannt. Für deren Geheimdienst war Cuba stets eines der Hauptangriffsziele.

Warum also jetzt plötzlich diese Kampagne, warum verkündet Carter so drastische Maßnahmen? Verstärkung der Manöver der US-Truppen im karibischen Raum, verstärkter Waffenverkauf, mehr geheimdienstliche Tätigkeit, beschleunigter Aufbau von mobilen Einsatzverbänden, eine ganze Serie von aggressiven Maßnahmen.

Carter selbst war es, der die Katze aus dem Sack ließ. Die US-Regierung befürchtet, so der Präsident, daß soziale Unruhen in Lateinamerika durch die Anwesenheit der sowjetischen Truppen verstärkt würden. Der Sturz Somozas, die Welle der Klassenkämpfe in Mittel- und Südamerika, die massiven Kämpfe gegen alle diese Regimes, die von den USA eingesetzt wurden, das ist es, was Carter fürchtet. Daß der russische Konkurrent versucht, seinen Einfluß auf diese Bewegungen zu erhöhen kommt dazu. Dem soll mit einer Machtdemonstration begegnet werden.

Denn für die Ultramilliardäre aus New York und Detroit ist Lateinamerika der Hinterhof im Kampf um die Weltherrschaft, und dort muß Ruhe herrschen, um jeden Preis.



Januar 1979: Bauern demonstrieren in Peking mit dem Ruf: „Wir wollen Kleider und Essen!“

Interview mit einem Genossen der KP Mexikos/ML

Teil 1

Mexiko ist ein kapitalistisches Land, in dem die sozialistische Revolution ansteht

Die mexikanische Partei entstand im Kampf gegen den Maoismus

Vor kurzem hatte ein Redakteur des *Roten Morgen* die Gelegenheit ein ausführliches Gespräch mit einem Genossen der Kommunistischen Partei Mexikos/Marxisten-Leninisten zu führen. Die Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung Mexikos, die Lebenslage

Roter Morgen: Eure Partei ist ja noch eine recht junge Partei. Kannst Du unseren Lesern etwas darüber sagen, warum in einem Land wie Mexiko, mit so großen revolutionären Traditionen, die marxistisch-leninistische Partei erst so spät geschaffen wurde?

Ja, dazu muß ich aber recht weit ausholen. Eine Opposition gegen den revisionistischen Kurs der Führung der alten

intern, der Erzrevisionist Earl Browder, unsere Partei betreute. Er, der später den USA-Imperialismus bejubelte und mit Schimpf und Schande aus der kommunistischen Bewegung gejagt wurde, stärkte alle Tendenzen einer falschen, opportunistischen Volksfrontpolitik. Die Beschlüsse des Weltkongresses von 1935 wurden verfälscht. So unterstützte die Partei zum Beispiel die Ver-

alles war ein guter Nährboden für den Maoismus.

RM: Wie arbeiteten denn die Chinesen bei euch?

Oh, ganz direkt, anders als bei euch. Mit Geld für bestimmte Gruppierungen, als die Spaltungen immer mehr wurden, mit Kaderausbildung in China und so weiter. Sie sorgten für eine immer größere Zersplitterung, bei uns gab es einige hundert Gruppen und Zirkel.

des mexikanischen Volkes und die Situation heute waren dabei die Schwerpunkte des Gesprächs. Wir veröffentlichen dieses Interview in zwei Folgen, um möglichst viele Tatsachen über das Land und unsere mexikanische Bruderpartei verbreiten zu können.

te man meist nur oberflächlich Maos Thesen gekannt, die ja ganz anderes besagten, als Marx, Engels, Lenin und Stalin.

RM: War damit der Weg zur Parteigründung gebahnt?

Ja, genau. Von der Basis her zuerst, dann auch von den Führungen, schlossen sich zunächst zwei, dann drei Organisationen zusammen. Am 4. März 1978 konnten wir — endlich! — unsere Partei gründen.

Die große Barriere war durchbrochen, nach so vielen Jahren gab es wieder eine wahrhaft kommunistische Partei. Ein bolschewistisches Statut und revolutionäre Grundsatzdokumente wurden ausgearbeitet. Das klärte die Fronten auch außerhalb der Partei, denn jetzt mußte jeder sagen, ob er dafür oder dagegen war, eine Partei zu haben, und warum.

RM: War der Kampf gegen den Maoismus damit abgeschlossen?

Nein. Zwar hatte die Partei die chinesische Politik als revisionistisch verurteilt, aber Mao selbst hatte noch Einfluß. Im Juni '78 veröffentlichten wir in der Partei ein Dokument, das die Mitverantwortung Maos am antimarxistischen Kurs Chinas bewies. Darum gab es heftige Kämpfe innerhalb der Partei, wo vor allem ehemalige Führer der Gruppen sich als Karrieristen und Fraktionisten entpuppten, die zunächst aber noch großen Einfluß besaßen.

RM: Und wie wurde dieser Kampf abgeschlossen?

Nun, im Februar dieses Jahres waren diese Leute weitgehend isoliert und ausgeschlossen. Was wir dann taten, war, den Kampf gegen die Auswirkungen des Maoismus zu führen.

Die Chinesen empfahlen uns, ein Programm zu machen, um mit den Massen zu verbinden, und dann, irgendwann in der Zukunft, eine Partei zu gründen. Das führte zu einem Volksmüllertum mit maoistischem Touch. Hauptsache Massenverbindung, egal wie. So wurde bald 20 Jahre von der Gründung der Partei gesprochen, ohne daß ein wirklicher Schritt gemacht wurde.

RM: Und wie fand dann die Parteigründung statt?

Nun, wie gesagt, es gab viele ehrliche Revolutionäre, und auch Kommunisten. Sie lösten sich allmählich aus dem chinesischen, dem maoistischen Einfluß, weil sie sahen, daß alle ihre Bemühungen umsonst waren. Je stärker die chinesische Partei die Theorie der drei Welten verbreitete, desto klarer wurde unseren Genossen, daß irgend etwas nicht stimmt. Denn bei Mao galt ja die mexikanische Regierung als fortschrittlich. Wir und unser Volk, wir wissen, daß diese Regierung überhaupt nicht fortschrittlich ist, sie ist es ja, die unsere Menschen ermordet.

RM: Kanntet ihr den Kampf der albanischen Partei gegen den Revisionismus der KP Chinas?

Lange Zeit nur sehr wenig. Aber als dann bei uns die Bestrebungen, die Partei endlich zu gründen, immer stärker wurden, da spielte ganz besonders der Bericht des Genossen Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens eine sehr große, wichtige und gute Rolle. Jetzt durchschauten wir die Theorie der drei Welten ganz, die wir bereits vorher abgelehnt hatten.

Jetzt beschäftigte man sich viel mehr mit dem wahren Marxismus-Leninismus. Vorher hat-

Kolonialmacht vor rund 170 Jahren, entwickelte sich allmählich der Kapitalismus in Mexiko.

RM: Steht also die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung?

Das ist die Meinung der KP Mexikos/ML. Denn wir sind, wie gesagt, ein kapitalistisches Land. Es gibt ja durchaus unterschiedliche Entwicklungsstadien eines kapitalistischen Landes. Nicht nur die hochindustrialisierten imperialistischen Staaten. Es gibt auch Länder, die sozusagen ein mittleres kapitalistisches Stadium erreicht haben, wo man ganz konkret beurteilen muß, welche Art von Revolution notwendig ist, ob eine volksdemokratische oder sozialistische. Bei uns gibt es kaum noch feudale Strukturen, bei uns gibt es seit 1917 eine typisch bürgerliche Verfassung, wir sind seit Jahrzehnten ein Land, in dem die Industrie wichtiger ist als die Landwirtschaft, bei 60 Millionen Einwohnern umfaßt das Industrieproletariat 6 Millionen Menschen, gibt es vor allem zahllose Millionen Landarbeiter im Dienst der Agrarkapitalisten.

So sind die Hauptforderungen bei uns ohne Zweifel sozialistisch, aber man darf nicht schematisch nur das eine oder andere Vorgehen als notwendig ansehen. Es gibt auch noch demokratische Aufgaben, die in unserer sozialistischen Revolution erfüllt werden müssen.

RM: Wenn die Partei also sagt, das ist ein kapitalistisches Land, hier muß die Kapitalistenklasse gestürzt werden, damit das Volk leben kann, dann erhebt sich doch die Frage: Wie sieht dieser Feind, wie sieht

von ausländischem Kapital benutzt, das es sehr genau auswählt, ausbalanciert, um die kapitalistische Entwicklung voran zu treiben. Neben den USA haben auch Kapitalisten aus Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich viel Kapital hier angelegt...

RM: Und wo die westdeutschen besonders?

Vor allem in der Chemieindustrie und der Autobranche.

RM: Wie sieht aber dann das Verhältnis zu den Imperialisten der Vereinigten Staaten aus? Welche Rolle spielt der USA-Imperialismus in eurem Land?

Mexiko war immer wieder brutalen Überfällen von Seiten der USA ausgesetzt, ein Großteil des US-Territoriums war früher mexikanisch. Heute ist es ja so, daß der US-Imperialismus ganz Lateinamerika als sein Hinterland, als sein Eigentum betrachtet. Dort, so meinen die amerikanischen Reichen, muß Ruhe herrschen, damit sie im übrigen Teil der Welt aktionsfähig sind. Aber es herrscht keine Ruhe, überhaupt nicht.

Beide Taktiken, die die USA anwenden, führen sie in die Sackgasse. Eine blanke Diktatur ruft einen immer heftigeren Widerstand hervor. Eine sogenannte demokratische Regierung verzögert das aber höchstens, und muß, notgedrungen, die antiimperialistischen Stimmungen anheizen. Bei uns auch. Seit 1942 gibt es einen Vertrag zwischen USA und Mexiko, daß im Kriegsfall US-Soldaten in Mexiko einmarschieren dürfen. Heute ist kein einziger da, aber der Vertrag besteht nach wie vor. Man wird in ganz Mexiko keinen einzigen Werktätigen finden, der nicht



Hunderte von Demonstranten wurden von Regierungssoldaten getötet, als sie am 2. Oktober 1968 gegen die Regierung demonstrierten.

KP Mexikos gab es schon seit Anfang der 60er Jahre. Damals verließ ungefähr die Hälfte der Mitglieder die Partei und schloß sich im wesentlichen in zwei neuen Organisationen zusammen. Die eine davon war allerdings sozusagen ultrarevisionistisch: Ihr Führer, Jose Revuelas, behauptete, der 20. Parteitag der KPdSU sei in der Kritik an Stalin nicht weit genug gegangen, man müsse noch weitergehen. Er vertrat die Theorie, es habe eigentlich in Mexiko noch nie eine wirkliche kommunistische Partei gegeben, alles müßte neu erarbeitet werden, alles neu überlegt, dann könne man vielleicht irgendwann eine echte Partei gründen.

RM: Wie war das denn mit der Kommunistischen Partei Mexikos? War sie in diese Richtung angreifbar, oder waren das alles reine Erfindungen?

Nun, unsere Partei war eine der ersten in ganz Lateinamerika. Das war auch kein Wunder, denn Mexiko war damals schon ein kapitalistisches Land. 1919 wurde sie gegründet und Sektion der Komintern.

Sie war zunächst ein Zusammenschluß verschiedener Strömungen, weshalb es auch in den ersten zwei - drei Jahren einen heftigen Kampf gegen anarcho-syndikalistische Abweichungen gab, der erfolgreich geführt wurde. Sie hat in dem Jahrzehnt darauf eine sehr gute und richtige revolutionäre Politik gemacht. Sie hatte mehrere tausend Betriebszellen, organisierte Gewerkschaften, die es bis dahin kaum gab, und stand an der Spitze der Kämpfe unserer Arbeiter.

Aber in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre begann die Partei zu schwanken, nach rechts zu gehen. Einer der Gründe dafür war, daß der Amerikabeauftragte der Kom-

staatlichung der Erdölfirmen 1936 durch die mexikanische Regierung. Sicher eine gute Sache, diese Betriebe den nord-amerikanischen Finanzmagnaten wegzunehmen. Aber die Partei unterstützte solche Maßnahmen vorbehaltlos, ohne zu berücksichtigen, daß die Regierung solche Maßnahmen nicht dem Volk zu Gefallen, sondern für die mexikanische Bourgeoisie ergriff. Ähnliche Beispiele gab es mehr; die Partei geriet sozusagen in den Nachtrab der Regierung. Davon hat sie sich nie mehr richtig erholt, der rechte Opportunismus blieb immer recht stark. Und die Führung der Partei begrüßte dann eben auch die Ergebnisse des zwanzigsten Parteitags von Chruschtschow und seinen Leuten. Deshalb gab es dann den scharfen Kampf mit vielen Austritten.

RM: Und wie war die andere der beiden Organisationen, die von den ausgetretenen Parteimitgliedern geschaffen wurden?

Sie vereinte vor allem die Revolutionäre. Sie wollten die Partei wieder aufbauen, sie machten auch viele gute revolutionäre Aktionen. Das war übrigens eine Organisation mit vielen proletarischen Mitgliedern. Aber sie machte einen ganz großen Fehler, der schlimme Auswirkungen hatte: Sie folgte ganz der chinesischen Propaganda. Das war im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Führer dem Kleinbürgertum entstammten.

Aber es gab auch andere Gründe. Der lange Kampf, immer gegen den rechten Opportunismus, führte zu Überspitzungen, zu einem gewissen Radikalismus und Sektierertum. Das politische und theoretische Niveau waren sehr niedrig. Das



Zehn Jahre später: Mehr als 50 000 Demonstranten kommen aus Anlaß dieses Jahrestages am Ort des Massakers in Mexiko-City zusammen. Sie fordern die Freilassung der politischen Gefangenen, die zum Teil schon seit 1968 einsitzen. „Es ist doch unsere Regierung, die unsere Leute verhaftet und ermordet. Wir haben den Chinesen nicht geglaubt, daß diese Regierung gut sei.“ (Aus dem Interview)

RM: Um was geht es dabei? Sind das politische Probleme?

Ja, es sind sehr wichtige Fragen. Vor allem: Was für eine Revolution brauchen wir? Unter chinesischem Einfluß hatten alle, ohne Analyse, behauptet, man müsse eine volksdemokratische Revolution durchführen. Aber Tatsache ist, daß Mexiko ein kapitalistisches Land ist, seit langem. Seit der Unabhängigkeit von der spanischen

dieser Ausbeuter aus, wer ist das? Ist das die mexikanische Großbourgeoisie?

Es ist die Großbourgeoisie in Mexiko, nicht nur die mexikanische. Wir sind keine Kolonie der USA. Aber die Interessen der mexikanischen und der US-amerikanischen Großbourgeoisie sind äußerst eng verbunden.

Das mexikanische Kapital hat immer wieder den Zustrom

voller Haß gegen den US-Imperialismus ist.

So ist es auch in den anderen Ländern. In Panama zum Beispiel, würde man staunen, welche demagogische Propaganda die Regierung gegen die USA macht.

Im nächsten *Roten Morgen*: Wie das Volk lebt; Millionen in den Slums; wie die Partei kämpft; bewaffnete Landbesetzungen; Streiks und Wahlen.

Freunde

Valéry Giscard d'Estaing, Frankreichs Präsident, ist ein Nobelman von Kopf bis Fuß. Beherrscht, kultiviert, ein Mann der feinsten Manieren, ein Staatsmann. Augenweide der Herrschneider und Star einschlägiger Magazine ist er ein Kandidat für den Titel des bestangezogenen Mannes. Die Kultur der gehobenen Klassen Europas scheint in ihm auf die Spitze getrieben.

Bokassa, der kürzlich gestürzte Kaiser Zentralafrikas, ist ein Menschenfresser. Im Kühlraum seiner verlassenen Villa hat man zerlegte menschliche Leichen, „aufgehängt und zum Braten vorbereitet“ gefunden. Bei seinen Tafelrunden wurde Menschenfleisch — bevorzugt das Fleisch politischer Gegner — serviert. Seine Krokodile ließ Bokassa mit Menschenfleisch füttern. Bokassa schlachtete auch eigenhändig — Kinder.

Giscard und Bokassa, der Nobelman und der Kannibale, waren Freunde, Jagdfreunde. Bei einem seiner zahlreichen Besuche in Zentralafrika bezeichnete Giscard Bokassa gar als „lieben Verwandten“. In der Tat war Giscard mehr als nur ein bloßer Freund; er war ein väterlicher Freund. Er war einer der Ziehväter Bokassas. Mit französischen Steuergeldern finanzierte und stützte er Bokassas Herrschaft. Zur Kaiserkrönung Bokassas lieferte Frankreich einen vergoldeten Thron, Purpurmantel und eine mit 5000 Edelsteinen besetzte Krone.

Womit wir wieder bei Adel, Noblesse und Etikette wären. Als die Untaten seines menschenfressenden Freundes und Schützlings bekannt wurden, tat Giscard das einzig Standesgemäße: Er kündigte die Freundschaft; er tat, als hätte es diese Freundschaft nie gegeben. Insgesamt aber wird er wohl noch manchmal wehmütig an die zentralafrikanischen Jagden in Begleitung des einstigen kaiserlichen Jagdfreundes zurückdenken.

Was aber haben die beiden gejagt? Krokodile etwa? Und was wurde gespeist an den kaiserlichen Tafeln nach beendeter Jagd? Etwa obskure Delikatessen aus den obskuren Kühlhäusern Seiner Majestät? — Wir wissen es nicht.

Wir können nur in einem sicher sein: Was Giscard auch gegessen hat im Staate Bokassas, er hat es verspeist als Mann von Anstand und Kultur: mit vollendeter Etikette.



Zum 100. Geburtstag Joe Hills

Gewerkschafter, Agitator, Arbeiterdichter — die Kupferbosse ließen ihn erschießen

Über den Kampf der amerikanischen Arbeiter gibt es ein schönes Volkslied, das durch die mittlerweile allerdings zur Verteidigerin der amerikanisch-chinesischen Kriegspolitik herabgesunkenen Sängerin Joan Baez vor Jahren auch in Westdeutschland bekannt geworden ist. Das Lied trägt den Titel: „Joe Hill“.

Das Lied erzählt mit einfachen Worten einen Traum: „In der letzten Nacht sah ich im Traum Joe Hill, lebendig wie du oder ich. — „Aber, Joe, sage ich, du bist doch seit zehn Jahren tot?“ — „Ich bin niemals gestorben“, sagt Joe Hill. — „Aber die Kupferbosse haben dich doch erschießen lassen?“ — Es gehört mehr dazu als Gewehre, um einen Mann zu erschießen“, sagt Joe Hill, „ich bin niemals gestorben.“ — Und Joe Hill erklärt, daß er weiter lebt in den Herzen und Köpfen der Arbeiter, in ihrem Kampf, in ihren gewerkschaftlichen Organisationen. „From San Diego, up to Maine/in every mine and mill, where workers strike and organize/says he, you'll find Joe Hill — Von San Diego bis hinauf nach Maine/in jeder Mine und Fabrik, wo Arbeiter streiken und sich organisieren./sagt er, da findest du Joe Hill...“

Joseph Hillström, später Joe Hill genannt, wurde vor

100 Jahren — am 7. Oktober 1879 — in dem kleinen Ort Gävle in Schweden geboren. In der Hoffnung auf ein besseres Leben wanderte Joseph im Jahre 1902 in die Vereinigten Staaten aus. Hier mußte er seinen Unterhalt als Wanderarbeiter verdienen. Joe Hill bekam Kontakt mit der kämpferischen Gewerkschaft der Industriearbeiter der Welt (IWW), trat ihr bei und wurde bald ein anerkannter und erfolgreicher Gewerkschaftsorganisator.

Besondere Bedeutung erlangt Joe Hill vor allem als Agitator und Arbeiterdichter. Seine Lieder und Gedichte wurden bei Versammlungen und Streiks gesungen, auf Handzetteln gedruckt und verteilt.

Seine Tätigkeit führte Joe Hill nach Salt Lake City im Bundesstaat Utah. Hier herrschte die Kennecott Copper Corporation, herrschten die Kupferbosse. Angesichts des herausfordernden ersten Weltkriegs rechneten sie sich Superprofite aus und beuteten die Arbeiter aufs äußerste aus. In der riesigen Bingham Copper Mine gab es 400 tödliche Unfälle im Jahr. — Nicht zuletzt wegen der Agitation und den Liedern Joe Hills fand die IWW-Gewerkschaft wachsenden Anhang unter den geschundenen Kupferarbeitern.

Den Kupferbossen, die

Streiks und Aufstände fürchteten, war Joe Hill ein Dorn im Auge. Mit Hilfe ihrer Polizisten und Politiker stifteten sie ein Komplott gegen ihn an. Joe Hill wurde im Januar 1914 unter der falschen Beschuldigung des Mordes verhaftet und Ende Juni 1914 von den Geschworenen zum Tode verurteilt. Eine ungeheure Pressehetze begleitete die Verhandlung. Hauptakteur in diesem mörderischen Geschehen war der Gouverneur von Utah, Spry, der nicht ohne Grund auch das „Stehaufmännchen der Kupferbosse“ genannt wurde. Spry lehnte alle Wiederaufnahmeanträge und Begnadigungsgesuche ab und setzte sich über die anschwellende nationale und internationale Protestbewegung hinweg.

In Konstruktion, Hergang und Begleitumständen erinnert das Justizverbrechen an Joe Hill an das „Verfahren“ gegen Sacco und Vanzetti in den zwanziger Jahren. Das ist kein Zufall. Die Ermordung unliebsamer Personen — Oppositioneller und Arbeiterführer — mithilfe der Justiz ist ein in den USA — diesem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ — entwickeltes und immer wieder praktiziertes Verfahren. Es hat sogar eine eigene Bezeichnung: „frame up“. Heute ist zum Beispiel der junge Schwarze Gary Tyler in Louisiana von einer solchen „Todesstrafe“ bedroht.

Joe Hill wurde am 19. November 1915 nach 22 Monaten Haft durch Erschießen hingerichtet.



„Erledigt“ — heißt diese Tuschzeichnung aus dem KZ Auschwitz. Sie wurde von dem Häftling Mieczyslaw Kościelniak 1942 illegal gezeichnet und auf illegalen Wegen aus dem Lager gebracht. Wie andere Zeichner arbeitete Kościelniak unter Lebensgefahr. Die so entstandenen Zeichnungen waren als Teil der Häftlingskultur in diesem größten und furchtbarsten der Vernichtungslager ein Bestandteil des Widerstands.

Eine Auswahl der Zeichnungen und Bilder sind in der Ausstellung „Überleben und Widerstehen — Zeichnungen von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz 1940 - 45“ zu besichtigen. Neben den illegalen Arbeiten werden auch Bilder, die auf Befehl der SS geschaffen wurden, und unmittelbar nach der Befreiung entstandene Werke gezeigt. Eine Reihe von Dokumenten und Fotos führt in die Situation im KZ Auschwitz ein.

Gegenwärtig befindet sich die Ausstellung im Haus Kemnade in Bochum. Anschließend wird sie nacheinander in Frankfurt (Historisches Museum), Düsseldorf (Städtische Kunsthalle), Hannover (Kubus), Erlangen (Städtische Galerie), Kassel (Kunstverein) und in München (Stadtmuseum) zu sehen sein.

Tips

Samstag, 13. Oktober, 20.35 Uhr, Bayern III

Karl Valentin und Liesl Karlstadt: In der Apotheke. Beginn einer 14teiligen Folge kurzer Valentin-Stücke, die samstags jeweils nach dem Spielfilm ausgestrahlt werden. — Der Volksschauspieler und Volkschriftsteller Karl Valentin schuf Hunderte von Stücken: Stregreifkomödien, Einakter, Sketsche, Monologe und Filme. Seine Stücke bieten eine Mischung von Einfalt und Piffigkeit, zeigen Pechvögel in urkomischen Situationen und in vielhundertfacher Abwandlung die Tücke des Objekts. Valentins naiver, in Wirklichkeit aber tiefgründiger Humor durchleuchtet die fragwürdigen Konventionen der bürgerlichen Welt. Brecht schrieb über Valentin: „Dieser Mensch ist ein durchaus komplizierter, blutiger Witz... Hier wird gezeigt die Unzulänglichkeit aller Dinge, einschließlich uns selbst... Es ist nicht einzusehen, inwiefern Karl Valentin dem großen Charlie (Chaplin), mit dem er mehr als den völligen Verzicht auf Mimik und billige Psychologismen gemein hat, nicht gleichgestellt werden sollte.“

Donnerstag, 18. Oktober, 19.00 Uhr, West III

Betrifft: unsere Einstellung. Film über eine Initiative der Schüler des Gymnasiums in Erkrath gegen das Berufsverbot gegen die Lehrerin Sylvia Pfeifer.

Freitag, 19. Oktober, 21.00 Uhr, Nord III

Die Jagd nach Josef Mengele. Auf den Spuren des KZ-Arztes. Eine Dokumentation von Michael Beckhan und John Ware.

Freitag, 19. Oktober, 22.50 Uhr, West III

Zur Ansicht: Peter Weiss. Film von Harun Farocki über den Schriftsteller Peter Weiss. Weiss wurde unter anderem durch das dramatische Werk „Die Ermittlung“ bekannt, eine szenische Dokumentation des Auschwitz-Prozesses, die die Nazi- und Kriegsverbrecher (und ihre Hintermänner wie zum Beispiel die IG Farben) unerbittlich bloßstellt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60,—

☐ halbjährlich
DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Wille), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10 - 14 Uhr

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr, 8 u. Sa 10-13 Uhr.